

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die vierspalt. Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg.  
Vergütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 30 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg. Betlagen nach Vereinbarung.

## Allgemeines Interesse und Arbeiterinteressen.

—r. Jedesmal, wenn ein Konflikt ausbricht zwischen Unternehmern und Arbeitern, der die öffentlichen Interessen berührt, wird das Verlangen gestellt, daß die Arbeiter ihr Interesse zugunsten des allgemeinen Interesses zurückstellen müßten. Auch bei dem letzten großen Kampfe in der Berliner Elektroindustrie schallte es aus dem bürgerlichen Blätterwald: „Dem öffentlichen Interesse gegenüber müssen die privaten Interessen der Arbeiter zurücktreten!“ Wird aber das Interesse der Allgemeinheit irgendwie gefährdet, so lautet die Folgerung, die aus dem erwähnten Grundsatz gezogen wurde, oder gewinnt es den Anschein, als ob das Gemeinwohl Schaden leiden könnte, so müssen die Behörden eingreifen, um die Arbeiter zur Vernunft zu bringen. Diese naive Anschauung wird von den Behörden mit heisser Begierde aufgegriffen und mit einer gewissen Wollust in die Praxis umgesetzt. Man nimmt entschieden Partei für das Unternehmertum und bereitet den Arbeitern alle möglichen Hindernisse, man hält über die Streikbrecher — und sei es das laufigste Gesindel — die schlagende Hand und preßt selbst die Beamten zu Streikbrecherdiensten — und obenrein entschuldigt man dies parteiische, ungerechte Vorgehen mit der Phrase: „Das Allgemeinwohl fordert es!“

Als Anlaß der Vorgänge, die sich beim Kampfe in der Berliner Elektroindustrie abgepielt haben, hat die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag eingebracht: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, Schritte zu tun, um die Beschäftigung von Feuerwehrleuten in der Privatindustrie aus Anlaß von Streiks und Aussperrungen zu verhindern.“ Dieser Antrag, der am 19. Oktober zur Verhandlung gelangte, wurde vom Stadtverordneten Singer ausführlich begründet. Nachdem Redner den Verlauf des Kampfes geschildert und auf die Brutalität hingewiesen hatte, mit der die Kapitalproben der Elektroindustrie vorgegangen sind, entlarvte er die Versuche des Unternehmertums, die öffentliche Meinung zu fälschen und die Aussperrung in einen Streik umzulügen. „Man hat von Anfang an,“ so sprach er, „die Ursachen dieses Kampfes verdreht; man hat als einen Streik dargestellt, was eine Aussperrung war, die die Unternehmer vornehmen, um vermöge ihrer materiellen Übermacht auf die Gesamtheit der Arbeiter zu drücken und so die Forderungen eines kleinen Teiles unmöglich zu machen. Die Erlasse der Unternehmertreife an die Öffentlichkeit haben ja klipp und klar zugegeben, daß die Lohnfrage nur von untergeordnetem Interesse war, daß die Sache für sie zu einer Machtfrage geworden sei. Wir haben alle Veranlassung, Schritte zu tun, daß die Staatsbehörden sich in wirtschaftliche Kämpfe nicht einmischen. Das ist nicht die Aufgabe des Staates und nicht die der Polizei. Der Staat hätte zum Beispiel die Aufgabe, sehr nützliche gesetzgebende Maßregeln zu treffen, um den Hochmut der Unternehmer zu brechen, die zwangsweise Verpflichtung, sich Schiedsgerichten zu unterwerfen, beiden Teilen aufzuerlegen. Die Unternehmer halten aber immer noch das Gewerbegericht für sich für nicht gut genug, um es als ihr Forum anzuerkennen. Institutionen, die aus städtischen Mitteln erhalten werden, die die Gesamtheit bezahlt, dürfen nicht dazu gemißbraucht werden, einseitig einen Teil der Streitenden zu unterstützen und ihm zu helfen, die Schwierigkeiten zu überwinden. Das aber ist geschehen oder doch geduldet worden seitens des Polizeipräsidenten, indem Feuerwehrleute in die Betriebe kommandiert wurden, um die ausgesperrten Arbeiter zu ersetzen. Der Mißbrauch der Amtsgewalt, der darin liegt, solche Befehle zu erteilen, den Leuten solche Dienste zuzubilligen, die mit ihrem Beruf gar nichts zu tun haben, muß aufs schärfste verurteilt werden.“

Diese durchaus berechtigten Ausführungen riefen eine Erwiderung hervor, die auf den Kernpunkt der Sache gar nicht einging. Zunächst nahm der Oberbürgermeister Kirchner das Wort, um das Vorgehen der Polizeibehörde zu rechtfertigen, die den Berliner Elektrizitätswerken eine Anzahl

Feuerwehrleute zu privaten Zwecken überlassen hatte; die Feuerwehrleute, so meinte der Redner beschönigend, sind nur „in ihrer dienstfreien Zeit“ dort tätig gewesen und haben sich „freiwillig“ dazu hergegeben. Dann fuhr der Oberbürgermeister fort: „Was nun die Berechtigung des Polizeipräsidenten und die Zweckmäßigkeit seiner Maßregel betrifft, so tut man ja bei derartigen wirtschaftlichen Kämpfen auch meiner Meinung nach am besten, die Parteien sich selbst zu überlassen, auch von staatlicher Seite. Das ist auch im vorliegenden Falle, abgesehen von den Berliner Elektrizitätswerken, geschehen. (Rufe: Streikposten!) Bei diesen hat der Polizeipräsident sich für verpflichtet gehalten, Fürsorge zu treffen, daß der Betrieb fortgeführt werden konnte. Er hat damit nur seine Pflicht erfüllt. Der Streik dort betraf nicht bloß die beiden streitenden Parteien, sondern in weit größerem Umfang die Gesamtheit der Bürgerschaft. Der Potsdamer Platz, die Leipzigerstraße, der Tiergarten werden von den Berliner Elektrizitätswerken erleuchtet (Ruf: Die Denkmäler! Große Heiterkeit); ferner ein Teil der Bahnhöfe; welche Unsicherheit und welche Gefahr für die Sicherheit der Bürgerschaft konnte eintreten! Auch als Bewegungskraft kann die Elektrizität nicht entbehrt werden ohne erhebliche Gefahr der Schädigung der Bürgerschaft. (Rufe: Dann soll man doch nicht aussperrn!) Die Behörde, welche für die öffentliche Sicherheit sorgen muß, ist in solchen Fällen zu solchen Maßnahmen verpflichtet; die dritten, die verletzt werden können, müssen zu ihrer eigenen Sicherheit solche Mittel ergreifen können. Es wird vielleicht Aufgabe der Gesetzgebung sein, Mittel zu ergreifen, die sicherstellen, daß derartige Streitigkeiten nicht in einer die Allgemeinheit gefährdenden Weise ausgefochten werden, aber solange wir diese nicht haben, kann man denen, welche für die Sicherheit verantwortlich sind, nicht verargen, daß solche Maßnahmen getroffen werden.“ Und der Redner schloß mit dem Knalleffekt: „Die Berliner Bürgerschaft hat alle Veranlassung, dem Polizeipräsidenten für sein Vorgehen dankbar zu sein.“

Selbstverständlich hatten die bürgerlichen Stadtverordneten, darunter auch die sogenannten sozial-fortschrittlichen, in dieselbe Kerbe und pflichteten dem Oberbürgermeister bei. Trotzdem der Stadtverordnete Singer noch einmal scharf betonte, daß das Eingreifen des Polizeipräsidenten ein Mißbrauch seiner Amtsgewalt sei, und daß der Chef der Polizeibehörde über mittels seines Einflusses die Aussperrung hätte verhindern sollen, wurde der sozialdemokratische Antrag einfach niedergestimmt, womit die Sache für die Berliner Arbeiter allerdings noch lange nicht erledigt ist.

Bei der prinzipiellen Bedeutung dieser Frage darf es uns nicht wundern, daß sie von den verschiedensten Seiten erörtert wird. So hat sich auch der Vorsitzende des Berliner Gewerbegerichtes, Magistratsrat von Schulz, mit der Frage befaßt. Dieser Mann, dem man im allgemeinen ein gewisses Maß sozialpolitischer Einsicht und sozialen Empfindens nicht absprechen kann, kommt zu dem Resultat, daß die Behörde im Rechte sei; er schreibt nämlich: „Im übrigen kann die von den Arbeitern herbeigeführte Befugnis der Regierung, den Firmen für die Kraftstationen Ausschilfe durch Feuerwehrleute zu stellen, nicht bestritten werden, wenn das öffentliche Interesse hier in Frage kam. Dem öffentlichen Interesse haben die Privatinteressen der Arbeiter nachzustehen. Unleugbar war aber der Staat dabei interessiert, daß die Kraftanlagen im Betrieb blieben. Er durfte nicht ruhig mit zusehen, wenn in den Straßen Berlins das Licht ausging und der Verkehr stockte. Wer stand dafür, daß es ohne Unterstützung der Arbeitgeber gelungen wäre, den Betrieb der Anlagen aufrechtzuerhalten? Die Pflichten des Staates werden in anderen Ländern ebenso aufgefaßt wie in Deutschland. Als zum Beispiel bei dem großen Maschinenbauersstreik 1897 in England der Gewerksverein dagegen Einspruch erhob, daß etwa Schiffbauer der staatlichen Werften den Unternehmern, die Kriegsschiffe zu bauen hatten, zur Unterstützung gegeben würden, erklärte die dortige Regierung, daß sie dem Zustand völlig unparteiisch gegenüberstehe, sich aber vorbehalten, zu tun, was das öffentliche Interesse an der Sicherstellung dringender Staatslieferungen erfordere.“ Und in bezug auf die von den Unternehmern vorgenommenen Aussperrungen sagt er: „Sie waren ein erlaubtes Mach-

mittel der Arbeitgeber, bestimmt zur Abwehr der Streiks, dieser Machtmittel der Arbeiter. Die Arbeiter brauchen bei ihren Streiks nicht darauf Rücksicht zu nehmen, daß dadurch etwa so und so viele Existenzen ruiniert wurden. Das gleiche Recht durfte aber den Arbeitgebern nicht versagt werden, wenn sie Aussperrungen für richtig hielten, durch welche allerdings Tausende am Streik unbeteiligte Arbeiter brotlos wurden.“

Hier zeigt sich wieder einmal der Unterschied zwischen bürgerlicher und proletarischer Sozialethik in grellster Beleuchtung. Gewiß, wir bestreiten den Unternehmern keineswegs das Recht, in einem wirtschaftlichen Kampfe Aussperrungen vorzunehmen und dadurch ihrem Proletariat die Krone aufzusetzen, aber ganz entschieden bestreiten wir den Behörden das Recht, diese Prozedurhaftigkeit ihrerseits zu unterstützen. Oder ist es nicht ein Skandal, wenn die Kapitalproben der Elektroindustrie durch das „erlaubte Machtmittel der Aussperrung“ Tausende von Arbeitern auf die Straße werfen und dadurch alle Betriebe, die von dieser Industrie abhängig sind, in Frage stellen? Ist es nicht eine öffentliche Gefahr, wenn Tausende von Familien brotlos gemacht werden, und ist es nicht eine Verletzung der öffentlichen Sicherheit, wenn durch den Großmachtstichel der Scharfmacher die Beleuchtung der Straßen und Plätze unmöglich gemacht und die elektrische Betriebskraft für unbeteiligte Abnehmer gesperrt wird? Wir verstehen wohl die Erregung der Berliner Bürger, wenn man ihnen ausmalt, daß sie demnächst im Dunkeln herumtappen und aller elektrischen Hilfsmittel entbehren müßten, nicht verstehen wir es aber, daß sich diese Erregung anstatt gegen die Kapitalproben, gegen die Arbeiter der Elektroindustrie richtet. Ehrlich gesprochen, wir verstehen es doch, weil wir die Verfeuchung und Verfälschung der öffentlichen Meinung durch die kapitalistische Presse nur allzu gut kennen. Aber daß die Behörden, die doch Anspruch auf Unparteilichkeit machen, sich in den Dienst der brutalen Scharfmacher stellen, und daß ein Mann wie der Magistratsrat von Schulz diese Stellungnahme zu rechtfertigen versucht — das ist ein trauriges Zeichen der Zeit und wirft ein eigenartiges Licht auf unsere vielgelobte Sozialreform.

Selbstverständlich sind wir der Meinung, daß das Allgemeinwohl in den wirtschaftlichen Kämpfen nicht geschädigt werden darf, und daß die Behörden die Pflicht haben, über das Gemeinwohl zu wachen, wir meinen aber auch, daß diese Pflicht nur dann in rechter Weise erfüllt wird, wenn man denjenigen auf die Finger klopfst, die diese Schädigung des Allgemeinwohls herbeigeführt haben. Die Berliner Behörden hätten also nachforschen müssen, wer die Schuld an dem Kampfe in der Elektroindustrie trägt, und sie würden dann gefunden haben, daß dies nicht die Arbeiter waren, die eine geringe, durchaus berechnete Lohnforderung stellten, sondern daß es die Unternehmer waren, die aus schmutzigem Egoismus die paar Pfennig Lohnverhöhung verweigerten und aus frivolem Übermut Tausende ihrer Arbeiter auf die Straße warfen. Warum riefen die Behörden diesen Kapitalproben nicht zu: „Eintig euch mit euren Leuten, bewilligt ihnen die berechnete Forderung, sonst entziehen wir euch unsere Kundenschaft und übernehmen die Herstellung der Elektrizität in eigene Regie, damit das Allgemeinwohl keinen Schaden leidet!“ Aber das tat man nicht, sondern man gab den Proben Rückenstärkung aus öffentlichen Mitteln.

Die Auffassung der Berliner Behörden über ihre Stellungnahme in den wirtschaftlichen Kämpfen der Gegenwart wird bekanntlich von sämtlichen Behörden geteilt. Auch der deutsche Kaiser vertrat diesen Standpunkt in seiner Bremerhavener Rede, als er von den „vaterlandslosen Gesellen“ sprach, die sich weigerten, als Streikbrecher die Chindampfer fertig zu machen. Anstatt den Unternehmern Vaterlandslosigkeit vorzuwerfen, weil sie um einer geringen Lohnverhöhung willen die Interessen des Vaterlandes gefährdeten, stempelte man die Arbeiter zu Sündenböcken, weil sie ihren Arbeitsbrüdern die Treue hielten. Und es ist doch wohl unbestreitbar, daß man Opfer fürs Vaterland von denjenigen fordern muß, die zum Opferbringen am besten in der Lage sind und die auch die meisten Vorteile davon haben. Also

noch einmal fragen wir: „Warum schützt man das Allgemeinwohl lediglich gegen die Arbeiter und nicht auch gegen die Habgier des Ausbeutertums?“

Überall müssen heutzutage „im Zeichen des sozialen Kaiser-tums“ die Arbeiterinteressen zurücktreten. Das Agrarier-tum steckt mittels der Balle auf Brot und Fleisch Millionen in die Tasche, und die Arbeiter müssen bluten — denn die deutsche Landwirtschaft steht höher als das Allgemeininteresse; das industrielle Unternehmertum schließt sich zusammen, um den Arbeitern Kohlen und Petroleum und alle Industrie-artikel zu verteuern — und kein Mensch redet von dem All-gemeinwohl; die Mittelstandsleute fordern Schutz vom Staate, um ihre Existenz auf Kosten der großen Masse des Volkes zu erhalten — und das Allgemeinwohl ist ihnen Neben-sache; die Hausagrarien steigern die Mieten und schröpfen die Ar-beiter in schamloser Weise — sie lachen über das Gerede vom öffentlichen Wohl und klopfen höhnlich auf ihre vollen Taschen. Aber wenn die Arbeiter um eine Verbesserung ihrer erbärmlichen Existenz kämpfen — dann erscheint mit einmal das öffentliche Interesse auf der Wildflache. Und darum sehen wir vom Standpunkt der Sozialethik und der Kultur-entwicklung aus dem Worte des Berliner Gewerbegerichts-vorsitzenden: „Dem öffentlichen Interesse haben die Privat-interessen der Arbeiter nachzustehen!“ das Wort entgegen:

„Dem öffentlichen Interesse gegenüber müssen die Privatinteressen der Ausbeuter und Ausfanger des Volkes zurückstehen!“

### Von der sächsischen Holzindustrie.

Im Jahre 1904 wurden in Sachsen nach den Berichten der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten in der Holzindustrie 2218 Fabriken und diesen gleichgestellte An-lagen gezählt, in denen 35 661 Arbeiter beschäftigt waren; davon waren 141 Kinder unter 14 Jahren, 2350 junge Leute von 14 bis 16 Jahren und 4030 Arbeiterinnen über 16 Jahren. Auch hier in Sachsen war die Frauen- und Kinderarbeit ver-hältnismäßig stark in der Bürsten- und Pinselindustrie ver-treten, über die besondere Ausweise vorliegen. Von 1904 in dieser Industrie beschäftigten Arbeitern waren allein 445 Arbeiterinnen über 16 Jahren, 245 junge Leute von 14 bis 16 Jahren und 21 Kinder unter 14 Jahren.

Am ausführlichsten verbreiten sich die Aufsichtsbeamten wieder über Betriebsunfälle in der Holzindustrie. Wie wir des öfteren an Hand der Gewerbeaufsichts- und Unfallberufsgenossenschaftsberichte ausführlich nachgewiesen haben, sind ja die Unfallgefahren in der Holzindustrie be-sonders große, dafür werden auch in den letztjährigen Be-richten der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten zahlreiche Beispiele beigebracht. So wird aus dem Bezirk Bautzen berichtet, daß, während durchschnittlich vom Gesamtarbeiter-bestand 2,70 Prozent verunglückten, auf 100 in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe beschäftigte Arbeiter 5,88 kommen; nur die Maschinenindustrie mit 5,42 Prozent und die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel mit 6,08 Pro-zent weisen höhere Verhältnis-ziffern auf. Ganz andere Ver-hältnisziffern werden für den Bezirk Döbeln angegeben, wo auf 100 Arbeiter 3,5 Unfälle entfielen, und aus dem Be-zirk Rade, wo auf 100 Arbeiter 1,76 Unfälle verzeichnet wurden, gegen 1,51 im Jahre 1903 und 2,06 im Jahre 1902. Doch gehen auch in letzterem Bezirk die Verhältnis-zahlen weit über den Durchschnitt hinaus, der dort im Jahre 1904 1,36, im Jahre 1903 1,09 und im Jahre 1902 1,15 betrug.

Im einzelnen werden über folgende schwere Unfälle Angaben gemacht: Ein an einer Kreissäge beschäftigter Ar-beiter rutschte mit der linken Hand vom Werkstück ab und kam damit in die Kreissäge, wodurch ihm an allen fünf Fingern ein und zwei Glieder abgeschnitten wurden (Bezirk Annaberg). — In einer Stuhlfabrik wurde ein Arbeiter durch das während des Betriebs zerspringende Blatt einer Wendelkreissäge tödlich verletzt. Die Bruchstücke des Blattes zertrümmerten die Schuhhaube und zerschnitten dem Arbeiter die rechte Brustseite. — Am den Antriebsriemen einer Hobel-maschine zu kürzen, stieg ein Tischler in die Transmissions-grube, ohne in dessen vorher die Transmissionsauszurücken. Er wurde vom Riemen erfasst, mehrmals herumgeschleudert und tödlich verletzt. — In einer Holzwarenfabrik ereigneten sich kurze Zeit nacheinander drei schwere Unglücksfälle an zwei Kreissägen und einer Abriechtmaschine. Die Gerbre-nerungen ergaben, daß diese Maschinen von drei gebrechlichen Arbeitern bedient worden waren, die unter keinen Umständen hätten beschäftigt werden dürfen. Es wurde angeordnet, an die fraglichen Maschinen in Zukunft nur geübte und kräftige Arbeiter zu stellen. Die Berufsgenossenschaft drohte dem Arbeitgeber eine namhafte Erhöhung der Beitragsleistung an. Die alte Geschichte von dem Brunnen, der zugedeckt wird, wenn das Kind einmal hineingefallen und ertrunken ist. — Beim Transport einer Kiste erhielt ein Arbeiter durch einen an der Kiste befindlichen Nagel eine Mißwunde am linken Unterarm. Sich einstellende Wundrose hatte den Tod des Arbeiters zur Folge. — Ein Holzarbeiter hatte durch ein von der Kreissäge zurückgeschleudertes Holzstück den Ver-lust eines Auges zu beklagen. — In einer Holzwarenfabrik verunglückte ein Arbeiter beim Schleifen eines Fräsmessers; er hatte eine schwere Eisenschiene, die zur Belastung des Gestells der Schleifmaschine diente, aufgenommen und da-mit versehentlich an die rasch umlaufende Schleifschleibe ge-stoßen, welche zersprang. Die davongeschleuderten Bruch-stücke trafen den Arbeiter derart an Kopf und Brust, daß nach Verlauf eines Tages der Tod eintrat. Die Scheibe war

ordnungsgemäß zwischen hinreichend großen Backen mit weicher Unterlage montiert. (Bezirk Dresden.)

Von allen Seiten wird die große Unfallgefährlichkeit der Holzbearbeitungsmaschinen hervorgehoben. Der Beamte für den Bezirk Annaberg gibt die dahingehenden Zahlen der letzten vier Jahre wieder. Es ereigneten sich in diesem Be-zirk Unfälle:

	An Kreissägen	Anderen Holzbearbeitungs- maschinen
Im Jahre 1901 . . . . .	24	28
„ „ 1902 . . . . .	12	26
„ „ 1903 . . . . .	39	27
„ „ 1904 . . . . .	33	33

Im Bezirk Chemnitz wurden allein 267 (im Jahre 1903 266) Unfälle an Holzbearbeitungsmaschinen festgestellt; nur an den Metallbearbeitungsmaschinen war die Zahl der Un-fälle, 272, um ein geringes höher.

Bemerkenswert zur Beurteilung des Unfallschutzes in der Holzindustrie ist auch, daß im Bezirk Bautzen allein in 78 Fällen Mängel an Holzbearbeitungsmaschinen festgestellt wurden; im Bezirk Leipzig mußten in 60 Fällen An-ordnungen auf Bessergestaltung des Unfallschutzes an Holz-bearbeitungsmaschinen getroffen werden; im Bezirk Würzen in 76 Fällen; im Bezirk Zwickau in 44 Fällen.

Mehrfach wird auch wieder über mangelnde Vor-sicht der Arbeiter bei Bedienung der Maschinen wie in den Holzbearbeitungsbetrieben überhaupt berichtet. So berichtet der Bautzener Beamte: „Die an Abriecht-maschinen und Kreissägen arbeitenden Leute mußten wieder-holt auf die Wiederanbringung beseitigter Messerverbände, Schuhhauben, Spaltteile usw. hingewiesen werden.“ Und der Würzener Beamte sagt allgemein: „Bei den Revisionen gewerblicher Anlagen wurde vielfach gefunden, daß die Ar-beiter die vorhandenen Schutzvorrichtungen nicht nur wenig beachten, sondern sogar teilweise oder ganz beseitigen.“ Im Bezirk Plauen ereigneten sich 6 Unfälle an Abriecht-hobel-maschinen mit zum Teil recht schweren Verletzungen, die auf Nichtbeachtung oder auf Mangelhaftigkeit der Schutz-vorrichtungen zurückzuführen waren. Bedenklich ist auch, daß der Freiburger Beamte feststellen kann, er habe in einem Sägewerk Arbeiter während der Mittagspause auf einem großen Haufen Hobelspäne liegend und Tabak rauchend angetroffen, wogegen einzuschreiten war. Auch in zwei anderen Werkstätten für Holzbearbeitung mußte das Rauchen in den Arbeitsräumen verboten werden.

In welcher unverantwortlicher Weise aber die Unternehmer den einfachsten Unfallschutzvorschriften entgegenhandeln, beweist allein schon die Tatsache, daß in einer ganzen Reihe von Fällen jugendliche Arbeiter an den so gefähr-lichen Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigt wurden. So im Bezirk Chemnitz, wo die Beschäftigung jugendlicher Personen an Kreissägen untersagt werden mußte; im Bezirk Freiberg, wo in zwei Fällen Schulknaben an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeitern — hier allerdings freiwillig — Handreichungen leisteten, wo des ferneren in einer motorisch betriebenen Werkstätte der noch schulpflichtige Sohn des Betriebsunternehmers mit dem Bohren von Löchern in Kleiderbügel beschäftigt wurde, wo der Besitzer eines Holzdrehwertes seinen schulpflichtigen Sohn gewerblich beschäftigte und wo weiter in einer gewerblichen Anlage Schuljungen auch an Kreissägen beschäftigt wurden; ferner im Bezirk Leipzig, wo in einer Pianofortefabrik ein jugendlicher Arbeiter an einer kleinen Gatterfäge beschäftigt war; schließlich im Bezirk Plauen, wo ein 15jähriger Zimmerlehrling — allerdings ohne Auftrag — auf einer Arbeitsstätte an einer im Freien stehenden, in ganz unzu-lässigen Zustand befindlichen Kreissäge arbeitete und sich dabei so schwer am linken Arm verletzte, daß eine Amputation desselben vorgenommen werden mußte.

Bezüglich der Schutzvorrichtungen rügt der Aufsichts-beamte für den Bezirk Annaberg, daß er an Kreissägen zum Langschneiden zuweilen wahrgenommen, daß der Spalt-teil von dem Sägeblatt zu weit entfernt war, oder die Schuhhaube nicht, wie das leicht möglich gewesen, in der gehörigen Weise benutzt wurde. In Holzschleifereien hat derselbe ferner an Kreissägen zum Querschneiden bemerkt, daß das Sägeblatt beim Schneiden von der Schuhhaube nicht vollständig, sondern nur am hinteren Teil bedeckt war, obschon sich in dieser Hinsicht ein vollkommener Schutz ohne wesentliche Kosten leicht bewirken lasse. „Süßig scheuen auch Unternehmer, welche sich in besseren Verhältnissen be-finden, die Kosten zur Beschaffung zweckmäßigerer Schutz-vorrichtungen, während andererseits viele Arbeiter von ihren bisherigen Gewohnheiten selbst auf die Gefahr hin, sich Ver-letzungen zuzuziehen, nicht lassen können.“ Im Bezirk Plauen gaben besonders die Abriecht-hobelmaschinen und Kreissägen wegen fehlender oder mangelhafter Schutzvorrichtungen zu Anordnungen Anlaß. Bedauerlich sei es, sagt der Beamte, daß selbst gute Werkzeugmaschinenfabriken diese gefährlichen Maschinen noch ohne Schutzvorrichtungen liefern. In drei Fällen war die Weiterbenutzung zersprungener Kreissägen-blätter (!) zu untersagen.

Die Maschinenarbeiterkollegen dürfte interessieren, daß im Freiburger Bezirk der Maschinenraum einer kleinen Holzwarenfabrik zugleich als Ziegenstall benutzt wurde — ein Gegenstück zu den ostelbischen Schulen, die zugleich als Schweineställe dienen müssen.

In mehreren Fällen mußte gegen die gesundheits-schäd-liche Beschäftigung jugendlicher Arbeiter eingeschritten werden. So mußte der Freiburger Beamte in drei Fällen ein-schreiten, wo jugendliche Arbeiter beim Glattschleifen des Holzes an sogenannten Sandpapiermaschinen beschäftigt waren. Im Bezirk Rade mußte gegen einen wegen unzu-lässiger Kinderarbeit bereits vorbestraften Besitzer einer Holz-

spielwarenfabrik erneut eingeschritten werden, weil er un-gesetzlicherweise fünf Kinder beschäftigte. Im Bezirk Zittau wurde gegen einen Tischlereiunternehmer eingeschritten, weil er seine vier Lehrlinge ungesetzlicherweise elf Stunden täg-lich beschäftigte. Wegen des gleichen Vergehens wurde gegen einen Holzspulenfabrikanten im Bezirk Chemnitz vorgegangen, und zwar wurde, da das Schöffengericht ihn unter Hinweis auf eine Polizeiverordnung freisprach, gegen ihn die Hilfe des Landgerichtes in Anspruch genommen. Einem Stell-machereunternehmer im Bezirk Zittau wurde die Weiter-beschäftigung eines noch nicht zwölf Jahre alten Knaben untersagt.

Mehrfach wurden auf Veranlassung der Aufsichtsbeamten in Holzbearbeitungsbetrieben Ventilationen und Staub-absaugvorrichtungen angebracht, so im Bezirk Zittau, Chemnitz, Annaberg, Zwickau und anderen. Hervorgehoben wird, daß die Firma August Poppermann in Wilsau eine mustergültige Späneabsauganlage hat herstellen lassen. Bei sämtlichen 110 Holzbearbeitungsmaschinen werden die Späne abgesaugt. Grobe Späne, die nicht abgeführt werden, werden mittels der Absaugungsanlage in die in der Nähe des Fuß-bodens an geeigneten Stellen angebrachten Rehröhren be-fördert. Die mustergültige Anlage ist von der Vereinigten Maschinenfabrik Augsburg und Nürnberg erbaut. Der Chemnitzer Beamte klagt mit Recht darüber, daß die Er-bauung solcher Entstaubungsanlagen oft genug Personen übertragen wird, denen die nötige Sachkenntnis fehlt, so daß neben der mangelhaften Wirkung der Einrichtung auch Be-lästigungen der Nachbarn durch Geräusch usw. nicht selten die Folgen sind.

Im Bezirk Annaberg mußte des entstehenden Staubes wegen in zwei Holzwarenfabriken die Entfernung von Hobel-räubern, im Bezirk Meißen in einer Möbelfabrik die Ent-fernung eines Leimkochers aus den Werkstätten verfügt werden; in letzterem Bezirk wurde ferner in einer Tischlerei und in einer Pianofortefabrik über den Leimfesseln die An-bringung von Dunsthauben verfügt.

Der Freiburger Beamte berichtet über die Erkrankung eines Möbelpolierers an Poliererkrätze, die übrigens auf Mangel an Reinlichkeit zurückgeführt wird. In allen Be-trieben, in denen Arbeiter mit Polierarbeiten beschäftigt waren, wurde die Beschaffung von Waschobjekten und Verabreichung von Handtüchern und Seife, sowie angeordnet, auf Benützung dieser Einrichtungen durch die Arbeiter hinzu-wirken.

Erwähnenswert ist noch, daß in den Sägewerken des Bezirkes Rade noch länger als zwölf Stunden täglich gearbeitet wird.

### Agitation.

#### Im Gau Dresden.

Meine Tour begann in Wilsdruff, wo von 192 organi-sierten Kollegen 165 in der Versammlung erschienen. Die Organisation der Maschinenarbeiter läßt zu wünschen übrig, die Kollegen müssen aber auch allgemein mehr auf dem Posten sein, damit der Tarif strikte durchgeführt wird. Daß die Ortsverwaltung keine Mühe scheut, bewies die der Ver-sammlung bekannt gegebene Statistik. Es bedarf aber nur der Mitarbeit aller Kollegen, um bessere Verhältnisse zu schaffen.

In Dresden war die Versammlung der Maschinen-arbeiter nur unbefriedigend besucht. Schlechtes Wetter darf die Kollegen in der Großstadt von dem Versammlungs-besuch nicht abhalten. In Dippoldiswalde war die Ver-sammlung besser besucht, immerhin blieb auch noch hier manches zu wünschen übrig. Die Kollegen haben durch die Agitation schon manches erreicht, doch dürfen sie nicht alle Arbeiten der Verwaltung überlassen, wollen sie weiter vorwärts kommen; alle müssen reger mitarbeiten. In Ritzsch war das Ergebnis der Agitation befriedigend. Die Kollegen arbeiten zumeist in Dresden, deshalb dürfte es für sie zweck-mäßig sein, ihren Lokalbeitrag und ihre lokalen Unter-stützungen, wie es beabsichtigt, den Dresdener Verhältnissen anzupassen. — In Radeburg ging der Versammlungs-besuch an. Die Kollegen vom Lande bilden den Kernschub der Organisation.

In Oschatz geht es langsam vorwärts, der Besuch der Versammlung ließ aber zu wünschen übrig. Bei den Klein-meistern sind die Verhältnisse besonders ungünstig. Daß sich bislang die Konstituierung einer Zählstelle nicht ver-wirklichen ließ, obwohl 55 organisierte Kollegen am Platze, liegt an der übergroßen Anglistlichkeit der Kollegen vor der Mitgliederanmeldung. Hoffentlich machen die Kollegen die Gründung einer Zählstelle bald wahr. In Riesa waren von 116 organisierten Kollegen 104 in der Versammlung erschienen. Hier ist noch viel Arbeit zu leisten, wird doch in den Schneidemühlens noch 65 Stunden wöchentlich gearbeitet, bei einem Lohne von 26 bis 28 Pf. die Stunde. Allerdings sind von 250 Schneidemühlensarbeitern nur 10 organisiert. Hoffentlich sorgen die in der Versammlung erschienenen Kollegen dafür, die zahlreichen uns noch Fernstehenden über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation auf-zuklären.

Großenhain zählt zurzeit 61 organisierte Kollegen. Auch hier sind bei den Kleinmeistern noch leidliche Verhältnisse. Nicht so in der Fabrik am Platze, wo die Maschinenarbeiter noch 11 stündige Arbeitszeit und 19 bis 23 Pf. Stundenlohn haben, während die Tischler nur 10 Stunden zu arbeiten brauchen. Allerdings sind die Maschinenarbeiter auch nicht organisiert. Hoffentlich trägt unsere Agitation dazu bei, die Maschinenarbeiter zu organisieren, und zeigen sich auch die anderen Kollegen der Organisation nützlich.

In Torgau sind die Kollegen so ziemlich alle organisiert, doch läßt die Leitung der Organisation wohl zu wünschen übrig. Geschiehen doch der Benennungsmächtigte nicht einmal in der Versammlung. Zu begrüßen ist es, daß sich die Gewerkschaften gegenseitig durch Versammlungsbesuch unterstützen, wirkt der regere Besuch der Versammlungen doch auch er-munternd auf unsere 17 Kollegen.

Es dürfte zu erwarten sein, daß diese Agitationsversammlungen von nachhaltiger Wirkung auf unser Verbandsleben sind. Nur durch Schulung unserer Kollegen können wir unsere Organisation innerlich kräftigen, nur durch rege Agitation können wir sie groß und unbezwinglich machen.

G. Schmidt.

In Thüringen.

Meine Tour begann am 6. Oktober in Nordhausen. Die Versammlung war infolge eines Versehens des Vorstehenden nur ungenügend bekannt gemacht und deshalb nur schwach besucht. Fleißige Organisationsarbeit ist hier dringend nötig, sollen erträgliche Arbeitsverhältnisse erzielt werden. Am 7. Oktober in Frankenhäusen. Schlechtes Wetter. Trotzdem 200 Kollegen in der Versammlung. Gute Organisation; auch die älteren Kollegen, die gut genug wissen, daß nur der Verband aus dieser Misere des Knopfmacherelends helfen kann, arbeiten fleißig mit. Man wird denn auch zukunftsreich gestimmt, wenn man sieht, wie eifrig die Frankenhäuser Perlmutterdrechsler für unsere und ihre Sache wirken. Nur weiter so, dann kann auch der Erfolg nicht ausbleiben.

In Schmerbach, wo die Pfeifenmacherei — zumeist Heimarbeit — dominiert, hatten sich am 8. Oktober nur 10 Kollegen zur Versammlung eingefunden. Es fand deshalb am 16. Oktober eine zweite Versammlung statt, aber auch da fanden sich nur wenig Kollegen ein. Und auch hier wäre doch eine Organisation so nötig. Nur mittels der Gewerkschaft ist das geradezu sprichwörtliche Elend der Thüringer Wald-Bewaldung zu überwinden.

Am 9. Oktober sprach ich in Göttha, wo die Versammlung trotz Regenwetter gut besucht war. Auch in Georgenthal hatten sich die Kollegen zahlreich eingefunden — die Versammlung war, um den auswärtig wohnenden Kollegen den Besuch zu ermöglichen, direkt nach Arbeitsluß, auf 6 Uhr angesetzt. Arbeiten die Kollegen auch weiter so eifrig in der Organisation, dann dürfte bald der letzte Mann organisiert sein.

In Eisenach waren 100 Kollegen erschienen; da am gleichen Abend eine Parteiversammlung stattfand, konnte man mit dem Besuch schon zufrieden sein. Hier ist noch sehr viel Organisationsarbeit zu verrichten, sollen die Löhne in Einklang mit den hohen Lebensmittelpreisen und Mietpreisen gebracht werden. Ebenfalls in Bacha, wo ich am folgenden Tage war, und wo trotz schlechten Wetters eine schöne Versammlung stattfand. Nur 12 Kollegen stehen noch außerhalb des Verbandes, die bei dem Eifer, den unsere Kollegen für den Verband entwickeln, auch bald der Organisation zugeführt werden dürften.

Die Versammlung in Mühlhausen war von 200 Kollegen besucht, trotz Regen, Sturm usw. Mehrere Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen. Eben war erst die siebenwöchige Lohnbewegung beendet, die den Kollegen eine geringe Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung gebracht hat. Immerhin sind die Verhältnisse auch jetzt noch in Mühlhausen so, daß ich keinem Kollegen, der gewöhnt ist, sich satt zu essen, raten möchte, dort in Arbeit zu treten. Weiter führte mich mein Weg nach Eschwege, wo die Pfeifenstiefelfabrikation zu Hause ist. 22 Kollegen waren zur Versammlung erschienen. Die Fabrikanten hatten gegen die Versammlung mobil gemacht, einer hatte sogar, um uns Abbruch zu tun, die Arbeitszeit freiwillig von 11 auf 10 1/2 Stunden herabgesetzt. Wie vieles bleibt den Kollegen aber noch zu tun übrig. Da müssen sie sich aber ganz anders betätigen, wollen sie bessere Verhältnisse schaffen.

Schließlich sprach ich noch in Lauterberg am Harz vor 100 Kollegen. 25 Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen, Hunderte stehen aber noch außerhalb desselben, was angesichts der elenden Existenzverhältnisse der Lauterberger Arbeitererschaft doppelt bedauerlich ist.

Am 17. Oktober fand die letzte Versammlung in Waltershausen statt. Diese war wiederum schlecht besucht. Die Heimarbeiter des Thüringer Waldes sind eben trotz ihrer elenden Lebenslage nur schlecht für die gewerkschaftliche Organisation zu interessieren.

Im allgemeinen bin ich mit den Erfolgen meiner Agitation in Thüringen sehr zufrieden. Waren auch einige Versammlungen schlecht besucht, so war der Versammlungsbesuch doch um vieles besser als vor neun Jahren, wo ich ebenfalls schon in Thüringen eine Agitationstour absolviert habe. So viel kann man sehen, daß allenthalben in Kollegenkreisen ein lebhaftes Interesse für die gewerkschaftliche Bewegung vorhanden ist. Unterstützen wir die Kollegen immer wieder in der Agitation für unsere Sache, so wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Franz Kunisch.

Im Gau Stuttgart.

In 18 Versammlungen sind von mir Referate gehalten worden. Meine Tour begann in Leutkirch, wo 25 Kollegen beschäftigt, 14 in der Versammlung erschienen waren. Hier herrschen noch recht traurige Verhältnisse, unter anderem noch die elfstündige Arbeitszeit. In Wangen waren von 30 am Orte beschäftigten Kollegen 20 in der Versammlung erschienen. In der Diskussion verteidigte ein christlicher Kollege den Streikbruch seiner Kollegen in Eöln. In Laupheim waren von 300 am Orte beschäftigten Kollegen ganze 20 in der Versammlung erschienen, zu den 40 Personen, welche außerdem anwesend waren. Nicht weniger wie drei Organisationen sind am Orte, und sind 25 bei uns, 40 bei dem Hirsch-Dunderschen und 25 bei dem christlichen Gewerksverein organisiert. An der Diskussion nahm der Werkmeister einer Werkzeugfabrik teil, um seine Firma als die allerbeste zu preisen, was ihm natürlich keiner glaubte. Zu der Versammlung in Wiberach waren 24 Kollegen erschienen, während 150 am Orte beschäftigt sind. Davon sind 35 bei uns, 38 in dem Hirsch-Dunderschen und 3 im christlichen Gewerksverein organisiert. Am ungünstigsten war wohl das Ergebnis in Ravensburg, wo von 400 Kollegen am Orte 25 in der Versammlung erschienen waren; 3 ließen sich in den Verband aufnehmen. Von den Kollegen sind nur 40 organisiert, kein Wunder, daß die Löhne noch 22 bis 30 Pf. pro Stunde betragen.

In Waiblingen waren von 35 Kollegen am Orte 32 erschienen, einer ließ sich in den Verband aufnehmen. Dagegen waren in Göttingen von 450 Kollegen nur circa 100 erschienen (organisiert sind 150 Kollegen), in Cannstatt von circa 450 Kollegen nur 70 bis 80. Ein beschämendes Resul-

tat, bedenkt man, daß allein 240 Kollegen der Zahlstelle Stuttgart angehören, daß in Stuttgart der Neunstundentag durchgeföhrt ist, während hier noch 10 Stunden täglich gearbeitet werden muß.

Konstanz: 180 Kollegen am Orte, 70 in der Versammlung erschienen, 5 traten dem Verband bei; unter den Kollegen ist reges organisatorisches Leben. In Radolfzell waren 45 Kollegen in der Versammlung erschienen, und da am Orte nur 32 beschäftigt, erfreulicherweise ein ganzer Teil aus der Umgegend. Allen Kollegen sei dieser Eifer zur Nachachtung empfohlen. Auch die Kollegen in Singen — von 44 sind 39 im Verband organisiert — waren fast sämtlich in der Versammlung erschienen, die von insgesamt 70 Personen besucht war. Dagegen waren in Lutlingen von 49 am Orte Beschäftigten nur 10 in die Versammlung gekommen. Die Kollegen ruhen anscheinend auf ihren errungenen Lorbeeren aus.

In Schwenningen sollen noch nie so viel Kollegen in einer Versammlung gewesen sein — von 400 Kollegen am Orte waren 140 erschienen. Hier hat der Verband noch viele, viele Arbeit vor sich, ehe in der Uhrenindustrie einigermaßen erträgliche Verhältnisse geschaffen sind. Auch in Schorndorf, wo von 150 Kollegen 25 in der Versammlung erschienen waren. Von den 100 am Orte beschäftigten Knopfmachern ist nicht einer organisiert, und für sie ist doch die gewerkschaftliche Organisation doppelt nötig.

Und erst gar in Lorch, wo 120 Kollegen beschäftigt sind, darunter 80 Stockarbeiter unter den unwürdigsten Arbeitsbedingungen — 7 Kollegen waren nur in der Versammlung erschienen, die wegen schlechten Besuchs denn auch nicht stattfinden konnte. In Gmünd — von circa 100 Kollegen waren 27 in der Versammlung erschienen — ließen sich 5 Kollegen in den Verband aufnehmen, in Heidenheim — am Orte beschäftigt 70, in der Versammlung erschienen 30 Holzarbeiter — 2 Kollegen.

Ende gut — alles gut: In Ulm, wo ich die letzte Versammlung abhielt, waren von 500 Kollegen 200 erschienen. Die Versammlung berechtigt zu den besten Erfolgen für die Zukunft.

Zum Schluß will ich gerne konstatieren, daß nach meiner Überzeugung sämtliche Ortsvereinigungen sich bei der Vorbereitung der Versammlungen die größte Mühe gegeben hatten. Wenn ihre Bemühungen nicht immer den gewünschten Erfolg hatten, so müssen wir künftig umso mehr arbeiten, um die Organisation in diesem Gebiet auf die Höhe zu bringen. In den Orten, wo ich redete, waren von 3400 Kollegen nur 900 organisiert, die zehn- und elfstündige tägliche Arbeitszeit ist die Regel, hier heißt es für die gesamte Verbandskollegenchaft fleißig arbeiten, wollen wir vorwärts kommen.

Albert Winter.

Soziales.

Um den gesetzlichen Zehnstundentag.

Die „Soziale Praxis“ berichtet jüngst, der gesetzliche Zehnstundentag für Fabrikarbeiterinnen sei in naher Aussicht. Sie folgerte das aus dem Umschwung in den Anschauungen einer Gruppe Großindustrieller, nämlich der bayerischen Textilindustriellen. Die Unternehmer der Textilbranche in Augsburg und Umgebung haben die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit mit gleichzeitiger zehnprozentiger Lohnerhöhung für Anfang 1906 beschlossen, obschon gerade von dieser Seite bisher dem gesetzlichen Zehnstundentag die heftigste Opposition gemacht wurde. Der Zentralverband deutscher Industrieller habe infolge dessen schon in einem Rundschreiben der Überzeugung Ausdruck gegeben, „daß nach diesem Vorbild auch die übrigen deutschen Baumwollbezirke, ja wohl auch die gesamte deutsche Textilindustrie die Einführung des Zehnstundentags in ihren Betrieben nicht werden aufhalten können.“

In einer für den 3. November einberufenen Sitzung des Zentralverbandes deutscher Industrieller ist nun zu der Angelegenheit Stellung genommen worden. Herr Bueck referierte über die Arbeitzeit in den Baumwollspinnereien. Die Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller habe sich im Mai dieses Jahres mit der Angelegenheit erneut beschäftigt und sei zu Beschlüssen gelangt, die sich gegen die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit erwachsener Arbeiterinnen auf zehn Stunden erklärten. Der Beschluß der Augsburger Baumwollindustriellen, der seitens des Vereins süddeutscher Baumwollindustriellen, wenn auch nicht einstimmig, gutgeheißen sei, dürfte voraussichtlich doch zur Durchführung in den süddeutschen Spinnereien und Webereien gelangen. Es lasse sich nicht erwarten, daß wenn die Augsburger Industriellen freiwillig eine zehnstündige Arbeitszeit konzediert haben, in anderen gleichartigen Betrieben eine längere Arbeitszeit aufrecht erhalten werden kann. Herr Bueck betonte, daß der Widerstand gegen die Einführung des Zehnstundentags in der gesamten deutschen Textilindustrie sich nicht würde aufrecht erhalten lassen. Zu erörtern sei, ob Anlaß zu einer Änderung der Maßbeschlüsse vorliege.

In der Diskussion sprachen sich Menzel-Weipzig und Dietel-Gosmannsdorf dafür aus, es sei besser, der Zehnstundentag werde gesetzlich eingeföhrt, als daß man ihn sich durch die Arbeiter abringen lasse. Funke-Hagen erinnert daran, daß der Zehnstundentag in der Kleinfabrikindustrie seit mehr als zwei Jahrzehnten eingeföhrt ist. Dr. Würtner spricht sich als Vertreter der Augsburger Baumwollindustrie für gesetzliche Einführung des Zehnstundentags aus. Die übrigen Redner, darunter Weinlig-Dillingen, Dietrich-Blauen, Satorius, Vogel-Chemnitz, Tille-Saarbrücken, Sterke-Chemnitz, sprachen sich gegen Einführung des Zehnstundentags aus. In diesem ablehnenden Sinne gelangte eine Resolution zur Annahme, in welcher sich der Zentralverband gegen jede weitere Verkürzung der gegenwärtig zulässigen Arbeitszeit für erwachsene Arbeiterinnen durch Gesetz mit aller Entschiedenheit ausspricht. In Rücksicht auf die Erhaltung seines Wettbewerbes müsse hierin jedem Unternehmer die freie Entscheidung zustehen. Der Verband halte daher an dem am 5. Mai gefaßten Beschlüssen fest.

Der gesetzliche Zehnstundentag wird zur Einführung gelangen, ob mit oder ohne Zustimmung des Industriellenverbandes. Die wachsende Macht der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei bietet uns dafür die beste Gewähr.

Unternehmerterrorismus. Recht offenherzig drückt sich ein Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe im Stadt- und Landkreis Müßfeld aus, in welchem angesichts der wachsenden Macht der gewerkschaftlichen Organisationen zum Beitritt zu den Arbeitgeberverbänden aufgefordert wird. „Es leuchtet ein, daß eine starke Vereinigung der Arbeitgeber sehr wohl imstande ist, die wirtschaftlich auf sie angewiesenen Baumaterialienhändler zum Beitritt zu den Verbänden und zur Unterstützung bei Lohnkämpfen zu veranlassen. Eine von den Arbeitgebern bei Streiks und Aussperrungen verhängte Materialiensperre ist aber das beste Mittel, um auch die Arbeitgeber indirekt zum Anschluß zu zwingen, die aus Eigeninn, Verständnislosigkeit oder im Verfolg kleinlicher Sonderinteressen der gemeinsamen Sache fernbleiben.“ — Das gehört wohl auch in die Kategorie des Koalitionszwangs, über den man sich erzürnt, wenn er von Arbeitern ausgeübt wird.

Die Uniformierung der Industriearbeiter im Saargebiet rechtfertigt der Syndikus der Saarbrücker Handelskammer Dr. Alexander Tille in einer längeren Abhandlung über die „Ständebildung in der industriellen Handarbeiterschaft“ in der Zeitschrift „Stahl und Eisen“. Tille bemerkt, daß die moderne Entwicklung in der Großindustrie zwei Arbeiterklassen geschaffen habe, die intelligentere und darum in mancher Beziehung bevorzugtere der gelehrten Industriearbeiter und die ihr untergeordnete, weit weniger leistungsfähige der Tagelöhner. Weil dieser Unterschied im Saargebiet ganz besonders stark ausgebildet zu sein scheint, habe die Sozialdemokratie hier bisher noch keinen Boden fassen können. Durch die neue Uniformierung habe nun die neue Ständebildung in der Handarbeiterschaft der Gärten an der Saar auch äußerlich einen besonderen Ausdruck erhalten, und das Unternehmertum habe alle Ursache, die Anerkennung der neuen Ständebildung zu fördern. Die letztere Mahnung richtete Herr Tille an diejenigen Herren aus der südwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, welche dieser buntflimmernden Entwicklung der Dinge mit sehr gemischten Geföhlen zusehen.

Christliche Arbeitervereine haben keine Existenzberechtigung. In dem Vereinsorgan des nordelbischen Verbandes christlicher Arbeitervereine, „Der Arbeiterbund“, wird in bewegten Tönen das aschgraue Elend dieser total überflüssigen und darum lebensunfähigen Organisationen geschildert. Es heißt in dem hochinteressanten Artikel unter anderem:

„Wir haben keine Idee, für die wir kämpfen! Wir nennen uns christliche Vereine: welch ein Hohn! Was hat unsere Sache mit dem Christentum, mit Christo zu tun! Wir sind von Christo durch eine tiefe Kluft geschieden, von dem — rein menschlich betrachtet — Welt- und Himmelstürmer, der Welt und Tod verachtete, dem Idealisten, der seine Verdienste für irrsinnig hielt, dem Vorkämpfer für Recht und Freiheit gegen alle verrotteten Einrichtungen und Rechte. Wir nennen uns Arbeitervereine: als wenn wir's wären! Wir sind gemischt aus Nichtarbeitern und Arbeitern. Und die Führer sind nicht Arbeiter, sondern Arbeitgeber, Lehrer und Pastoren usw., — in den Einzelvereinen wie im Gesamtverband. Wir nennen uns national: und wenn's hoch kommt, sind unter uns ein paar, die wirklich ihr Vaterland mit heißer Liebe umfassen und zu opfern mit Gut und Blut bereit sind. Aber die Massen hinter uns stehen stumpf und mißtrauisch abseits; sie machen mit, weil's guter Ton ist und in ein hübsches Licht setzt und ein gutes Glas Bier nicht fauer macht, wenn sie beim Kaiserhoch hurra rufen. Aber um Gottes willen nicht mehr: Vaterland, Kaiser, Macht, Ehre, Ruhm — die Begeisterung dafür wächst für sie nur in stickiger Bierluft und dunstiger Zeitungsluft! Wir glauben sozial zu wirken: ich habe nirgends etwas gespürt! Hilfslos, Vorträge usw., die tun's nicht, Vergnügungen auch nicht. Sozialismus tritt an den einzelnen greifbar und faßbar nur in der Form von Sozialpolitik heran, und diese hat nur Sinn und Kraft als politisch gefärbte Sozialpolitik. Wir mögen uns Vereine nennen — und auch das sind einzelne unserer Vereine kaum noch — soziale, christliche, nationale Arbeitervereine in tieferen Sinne sind wir nicht, und wo der tiefere Sinn fehlt, da ist es nicht weit zum Unsinn, zur Phrase, da fehlt die schöpferische Kraft, da fehlt die Existenzberechtigung! — Was unseren Vereinen not tut? — Wiedergeburt im neuen Geist! — im Geist Christi — im Geist einer wahren Vaterlandsliebe — im Geist der Hingabe und Opferfreudigkeit — im Geist des Schaffens und Arbeitens — im wahrhaft sozialen Geist! Sonst möge man unsere Vereine lieber sprengen; sie schaden mehr, als sie nützen! Sind sie doch schon in ganz Deutschland ein Gegenstand des Schmerzes für unsere Freunde, ein Gegenstand des Gespöttes für unsere Nichtfreunde, ein Gegenstand der Verachtung für unsere Gegner!“

Da eine Wiedergeburt unmöglich ist, sintemalen weder Vater noch Mutter des Wechselbalges zu besseren Leistungen fähig sind, so möge man getrost die verständige Ermahnung des Verfassers obiger Fermande beherzigen: Weg mit dem christlichen Vereinsunfug!

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Den nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch die Genehmigung erteilt, den beigefügten wöchentlichen Lokalbeitrag neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben, und zwar ab 1. November: Meßen 10 Pf., Sorau 5 Pf., ab 1. Dezember: Karlsruhe 10 Pf.

Der Verband der Ungarländischen Holzarbeiter (Magyarországi Famunkások Szövetsége) hat ab 1. November d. J. mit unserem Verband einen Kartellvertrag abgeschlossen, welcher den gegenseitigen Übertritt der Mitglieder und deren Unterstützung auf der Reise regelt. Den Wortlaut des Vertrags bringen wir heute zum Ausdruck und ersuchen die Lokalverwaltungen, in gegebenen Fällen danach zu handeln.

Außer mit dem Verband der Ungarländischen Holzarbeiter sind bisher Kartellverträge abgeschlossen worden mit dem Verband der Holzarbeiter Österreichs, dem Dänischen Tischlerverband (Snedkerforbundet i Danmark) und dem Schweizerischen Holzarbeiterverband. Die Mitglieder dieser vier ausländischen Bruderverbände erhalten, sofern sie mindestens 52 Beiträge entrichtet haben, auf der Reise in Deutschland eine Reiseunterstützung von 2 Pf. pro Kilometer, jedoch nicht mehr als 1 Mk. pro Tag und höchstens 80 Mk. innerhalb zwölf Monaten, wobei die im Ausland bezogene Unterstützung mit eingerechnet wird. Bei dieser Aufrechnung wird 1 Krone (Dänemark, Österreich, Ungarn) und 1 Franc (Schweiz) gleich 1 Mark gerechnet. Zum Unterschied von den Mitgliedern unseres Verbandes ist den ausländischen Mitgliedern stets eine weiße Reiselegitimation auszustellen. Beim Übertritt solcher Mitglieder in den Deutschen Holzarbeiterverband erhalten dieselben ein deutsches Mitgliedsbuch, während das ausländische zur Aufbewahrung an die Hauptkasse einzusenden ist.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

85153 Franz Gbhe, Schreiner, geb. 26. 10. 51 zu Maisriedorf.  
 86017 Johann Schuster, Parkettleger, geb. 16. 2. 78 zu Passau.  
 87176 Josef Gerstl, Schreiner, geb. 17. 9. 64 zu München.  
 87856 Karl Mehlinger, Drechsler, geb. 16. 2. 85 zu Ingolstadt.  
 71898 Paul Ludwig, Tischler, geb. 20. 8. 78 zu Freiburg.  
 95327 Stanisł. Kempinski, Tischler, geb. 15. 9. 80 zu Pleschen.  
 133188 Richard Ferkatsch, Tischler, geb. 13. 5. 84 zu Breslau.  
 166976 Karl Preisner, Tischler, geb. 2. 5. 84 zu Griesdorf.  
 168085 Johann Rosenstein, Tischler, geb. 17. 7. 81 zu München.  
 190628 Josef Plicker, Maschinist, geb. 24. 1. 88 zu München.  
 210688 R. Schmauder, Schreiner, geb. 27. 1. 75 zu Schiltigheim.  
 214070 Walter Mai, Tischler, geb. 30. 6. 85 zu Leipzig.  
 216716 Paul Schulze, Tischler, geb. 5. 12. 85 zu Miesä.  
 257724 Herm. Pfingmeier, Schreiner, geb. 6. 11. 81 zu Wacknang.  
 Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Verbandsvorstand.

**Kartellvertrag**

zwischen dem Verband der Ungarländischen Holzarbeiter und dem Deutschen Holzarbeiterverband.

**§ 1.**

a. Die Mitglieder beider Verbände werden gegenseitig ohne Eintrittsgeld aufgenommen, sofern sie ihren Pflichten gegenüber dem Verband, dem sie zuletzt angehörten, bis zum Tage ihrer vorschriftsmäßigen Abmeldung nachgekommen sind und der Übertritt während der ersten acht Wochen ihres Aufenthalts im Lande erfolgt.

b. Ausgenommen hiervon sind die dem Verband der Holzarbeiter Ungarns als Mitglieder angehörigen Fassbinder (Wittcher) und Tapezierer, welche in den Deutschen Holzarbeiterverband nicht aufgenommen werden, sondern den in Deutschland bestehenden Branchenverbänden ihres Berufs beizutreten haben.

**§ 2.**

a. Die gegenseitige Unterstützung der Mitglieder auf der Reise in Deutschland respektive Ungarn wird davon abhängig gemacht, daß das Mitglied eine mindestens 52wöchige Mitgliedschaftsdauer und ebenso lange Beitragsleistung nachweisen kann.

b. In diesem Falle beträgt die Reiseunterstützung 2 Pf. (2 Heller) pro Kilometer, jedoch nicht mehr als 1 Mk. (1 Krone) pro Tag, auch soll der Gesamtbetrag der Unterstützung innerhalb zwölf Monaten den Betrag von 80 Mk. (80 Kronen) nicht überschreiten.

c. Bei Berechnung vorstehender Höchstsumme ist die von dem anderen Verband bereits bezogene Unterstützung mit einzurechnen.

d. Mitglieder, welche auf einer Tour 10 Mk. (10 Kronen) an Unterstützung erhalten haben, können weitere Unterstützung nur dann beantragen, wenn ihnen keine Arbeit nachgewiesen werden kann.

e. Desgleichen steht Mitgliedern, welche sich am letzten Arbeitsort nicht abgemeldet und ihre Beiträge nicht bis zum Tage der Abreise entrichtet haben, kein Anspruch auf Reiseunterstützung zu.

f. Auch hiervon sind die dem Verband der Holzarbeiter Ungarns angehörigen Fassbinder und Tapezierer ausgenommen, deren Unterstützung auf der Reise in Deutschland nicht durch den Deutschen Holzarbeiterverband erfolgt, sondern mit den betreffenden Branchenverbänden besonders zu regeln ist.

**§ 3.**

Dieser Vertrag tritt am 1. November 1905 in Kraft und kann nur nach einwärteljährlicher Kündigung abgeändert oder wieder aufgehoben werden.

Der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes (gez.) Theodor Leipart.  
 Der Vorstand des Ungarländischen Holzarbeiterverbandes (gez.) Franz Klarik.

**Bekanntmachung der Gauvorstände.**

**Worort Danzig.** In der Klagesache wegen Beleidigung, welche der Gewerksverein der Tischler in Stolp (Pommern) anlässlich der letzten geplanten Lohnbewegung gegen den Kollegen Diez und mich angehängt hat, wird als Zeuge der Tischler Seidenreich, geboren zu Danzig, welcher zuletzt bei der Firma Becker in Stolp in Arbeit war, gesucht. Die Kollegen werden ersucht, ihn darauf aufmerksam zu machen, und seine Adresse nach hier einzusenden.

Louis Gith,  
 Danzig, Dominikwall 8, Quergebäude 4.

**Korrespondenzen.**

**Castrop.** Der Bericht über die Mitgliederzahl des Christlichen Holzarbeiterverbandes hat unseren Kollegen in Castrop gar nicht gefallen, und zwar deshalb nicht, weil da ge-

schrieben war, es sei bedauerlich, daß unter anderen auch in Castrop ein Rückgang unserer Mitgliederzahl zu verzeichnen sei, während der christliche Verband Fortschritte gemacht habe. Ihre Unzufriedenheit mit dieser Tatsache haben die Kollegen dadurch zum Ausdruck gebracht, daß sie ernsthaft daran gingen, dieses Verhältnis zu ändern. Fleißig wurde gearbeitet, und ist es gelungen, eine große Reihe Aufnahmen zu machen, so daß jetzt unsere Mitgliederzahl auf über 20 gestiegen ist. Die christliche Zahlstelle mit ihren 4 bis 6 Mitgliedern zurzeit besteht jetzt wie ein Weizen, das im verborgenen blüht, wie sehr richtig in Nr. 40 der christlichen Holzarbeiterzeitung gesagt wurde. Die Scharke ist also wieder ausgeweht. Von dem guten Geiste, der unter den Kollegen herrscht, zeugte auch die öffentliche Holzarbeiterversammlung am 5. November, wo Kollege Meyer über: „Die Kämpfe und Erfolge des Deutschen Holzarbeiterverbandes“ referierte. Unsere Verbandskollegen waren alle ohne Ausnahme erschienen. Sie versprachen, es bei diesen Erfolgen nicht bewenden zu lassen, sondern nicht eher zu rasten und ruhen, bis alle Holzarbeiter von Castrop und Umgegend dem Deutschen Holzarbeiterverband angehören, damit auch dort zeitgemäße Verhältnisse eingeführt werden können. Kollegen, auf ans Wert; am Schlusse dieses Jahres muß sich die Mitgliederzahl verdoppelt haben.

**Söhr.** Die hiesigen Bürsten- und Pinselmacher nahmen in einer am 5. November stattgefundenen Versammlung Stellung zur Konferenz in Nürnberg. An das einleitende Referat des Kollegen Seifert über: „Die Lage in unserem Beruf und die Notwendigkeit der Organisation“ schloß sich eine lebhafteste Debatte, und alle Kollegen waren sich dahingehend einig, daß eine planmäßige Agitation unter den Bürstenmachern betrieben werden müsse, um die Kollegen für die Organisation zu gewinnen, da nur auf diesem Wege es möglich sei, die überaus traurige Lage der Bürstenmacher einer Verbesserung zu unterziehen. Von mehreren Kollegen wurde berichtet, daß sie heute billiger arbeiten müßten, als es vor mehreren Jahren der Fall gewesen sei, und dieses sei nur der Festsplitterung und dem Indifferentismus der Kollegen zuzuschreiben. Die Lage der Bürstenmacher wurde als die traurigste unter den Berufen der Holzarbeiter bezeichnet, und eine Verbesserung derselben sei dringend notwendig. Auch wurde beschlossen, regelmäßige Versammlungen abzuhalten, und die nächste soll den ersten Sonntag im Dezember stattfinden. Als Delegierter zur Konferenz in Nürnberg wurde der Kollege Wilhelm Suppe gewählt.

**Heidelberg.** Am 30. Oktober fand hier eine Versammlung der Bürstenmacher statt, welche sich mit den bei der Firma Mahler, Fassbüstenfabrik, in letzter Zeit stattgefundenen Vorkommnissen und zugleich mit der Gründung einer Sektion an hiesigen Orte befaßte. Im August d. J. wurden nämlich die bei genannter Firma arbeitenden Kollegen mit einem neuen Werkführer, Weilow mit Namen, beglückt, der, als er erst einmal im Betrieb warm geworden, seine Haupttätigkeit darauf legte, die Affordlöhne zu reduzieren, die Arbeiter bei jeder Gelegenheit zu schikanieren und die Kollegen, die sich gegen eine solche Behandlung auflehnten, einfach auf die Straße zu setzen, bis den Kollegen vor ein paar Wochen die Sache zu bunt wurde und sie in einer Werksraterversammlung gegen das herausfordernde Benehmen dieses Schrennmannes Stellung nahmen und in einer an die Firma abgegebenen Resolution ihre Beschwerden vorbrachten und die Entlassung des Werkführers forderten, welche dann auch, durch das einmütige Zusammenhalten der Kollegen, erfolgte. Die Heidelberger Kollegen waren auch zugleich die Bürstenmacher anderer Orte vor diesem Herrn, welcher auch bereits in Wiesbaden wegen ähnlicher Gründe entlassen wurde. Des weiteren wurde auf einstimmigen Beschluß der Kollegen die Gründung einer Sektion vorgenommen und Kollege Emanuel als Sektionsleiter gewählt. Zugleich wurde auch zu der im Dezember in Nürnberg stattfindenden Bürstenmacherkonferenz Stellung genommen und beschlossen, dieselbe durch einen Delegierten zu beschicken. Desgleichen wurde allgemein angeregt, unter den Kollegen bei der Firma Mahler in Heidehausen eine kräftige Agitation zu entfalten, um dieselben dem Verband zuzuführen. Ems es doch die denkbar traurigsten Verhältnisse, unter denen die genannten Kollegen arbeiten. So werden zum Beispiel bei letztgenannter Firma für Pechen 140 Mk. und für Einzeln 60 Pf. pro 1000 Bündel bezahlt. Daß bei solchen Affordpreisen die Arbeiter nicht mehr als 13 bis 15 Mk. pro Woche verdienen, läßt sich denken; so verwundern ist nur, daß die Arbeiter bei solchen Hungerlöhnen ihre traurige Lage nicht erkennen und sich endlich einmal aufrufen, um sich eine bessere Existenz zu erringen. Möge die Gründung der hiesigen Sektion für Heidelberg und Umgebung nützlich sein, damit es uns auch im Laufe der Zeit möglich sein wird, menschenwürdigeren Verhältnisse als die oben geschilderten zu erringen.

**Liegnitz.** In einer am 25. Oktober abgehaltenen öffentlichen Klavierarbeiterversammlung referierte Gauleiter Dietrich über das Thema: „Worin besteht der Wert der Organisation für die Klavierarbeiter“. Eingangs seiner Rede tadelte Dietrich den schlechten Besuch der Versammlung, zumal von 320 Klavierarbeitern nur 86 anwesend waren. Er führte an: Die Klavierarbeiter haben sich immer eine bevorzugte Stellung angemacht auf Grund ihres höheren Verdienstes im Vergleich zu den übrigen Branchen der Holzindustrie. Doch seien im Laufe der Jahre die Arbeitspreise um 20 bis 25 Prozent und darüber gesunken. Leute, die früher nie unter 26 bis 28 Mk. verdientes, können das trotz intensiverer Arbeit nicht mehr erzielen. Schuld an diesen Verschlechterungen sei einzig und allein die Gleichgültigkeit der Kollegen. Die Ausfuhr brachte die Klavierindustrie auf ungeahnte Höhe. So werden zum Beispiel zwei Drittel aller in Deutschland gefertigten Instrumente an das Ausland geliefert. Durch die neuen Handelsverträge, speziell durch die Erhöhung der Holzölle um circa 50 Prozent werde die Ausfuhr bedeutend erschwert und ein erheblicher Niedergang zu verzeichnen sein. Die Folge davon ist, wie auch eine Arbeitgeberzeitung („Der deutsche Tischlermeister“) weiskagt, eine Verringerung der Beschäftigung für die Arbeitnehmer. Diese werden dann nicht mehr instande sein, die entstehenden Folgen auf die Arbeitgeber abzuwälzen. Während es den Tischlern der anderen Branchen gelungen ist, mit Hilfe ihrer Organisation die Löhne in den letzten zwei Jahren um einiges zu erhöhen, haben sich die Klavierarbeiter der Dr-

ganisation immer mehr entfremdet. An der Hand der Bekannmachungen des Reichsstatistischen Amtes weist Redner darauf hin, daß die volle Kompottschüssel mit der enormen Verteuerung der Lebensmittel nicht in Einklang zu bringen sei. — Überstunden, die in Liegnitz an der Tagesordnung seien, werden nicht etwa extra vergütet; man freue sich schon, wenn hin und wieder mal so eine Festlichkeit veranstaltet werde. Jede andere Branche der Tischlerei sei bestrebt, einheitliche Preise für die einzelnen Produktionsartikel zu schaffen. Die Klavierarbeiter scheinen das aber nicht für notwendig zu halten, trotzdem die letzte statistische Aufnahme zeigt, daß in den einzelnen Werkstätten für ein und dieselbe Arbeit grundverschiedene Preise gezahlt werden. Referent weist auf die Vorteile hin, die der Holzarbeiterverband seinen Mitgliedern bietet, und zeigt an statistischen Zahlen, welchen Nutzen die Organisation in den letzten Jahren ihren Mitgliedern in bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Abhne gebracht hat. Er warnt vor Festsplitterung. Die Arbeitgeber kennen eben einen Arbeiterverband und fragen nicht nach konfessionellen oder sonstigen Dingen. Die Arbeitnehmer hingegen glauben in der Wahl ihrer Organisation äußerst klug und vorsichtig sein zu müssen, um schließlich am Ende in eine Gesellschaft mit leerer Kasse oder stumpelosen Grundstücken zu geraten. Trotzdem der Deutsche Holzarbeiterverband schon Duzende Male bewiesen habe, daß er die Interessen seiner Mitglieder am weitgehendsten und nachdrücklichsten vertritt, habe es der größte Teil der Liegnitzer Klavierarbeiter, wie es scheint, durchaus nicht nötig, sich zu organisieren. Redner schloß seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen mit der dringenden Mahnung, die Liegnitzer Klavierarbeiter möchten sich endlich aufrufen und der Organisation beitreten, damit sie gegen jede Willkür der Unternehmer geschützt seien.

Am 28. Oktober fand hier im Gewerkschaftshaus eine öffentliche Stockarbeiterversammlung statt. Kollege Peterhansel-Breslau referierte über: „Die Lage der Stockarbeiter, und welche Mittel sind zu ergreifen, um dieselbe zu bessern?“. Obwohl die Verhältnisse in der Branche nicht die besten, niedriger Lohn und lange Arbeitszeit durchweg anzutreffen sind, haben es die hiesigen Stockarbeiter bisher nicht für nötig befunden, sich zu organisieren. Redner legt den Wert einer starken Organisation klar und zeigt, daß auch die Stockarbeiter nur in geschlossenen Reihen eine Verbesserung ihrer Lage herbeiführen können. An der Hand statistischer Zahlen zeigt Redner, daß die Liegnitzer Stockarbeiter bezüglich Lohn- und Arbeitszeit an letzter Stelle stehen und daher alle Ursache haben, sich endlich mal aufzuraffen, sich zu organisieren. In der Diskussion, die den eindringlichen, mit viel Beifall aufgenommenen Ausführungen folgte, klagten verschiedene Kollegen über das Überstundenwesen in der Liegnitzer Stockfabrik. Die dort Beschäftigten sind zumest noch unorganisiert, und ist es daher für sie bisher nicht möglich gewesen, ihre Lage zu verbessern. Von den Anwesenden erklärte die große Mehrzahl ihren sofortigen Beitritt zum Holzarbeiterverband, und ist daher der Erfolg der Versammlung ein ziemlich guter. Überhaupt kann konstatiert werden, daß die Bewegung unter den hiesigen Stockarbeitern inzwischen weitere Fortschritte gemacht hat, so daß es sich notwendig machte, für den 12. November wieder eine Stockarbeiterversammlung einuberufen. Mögen die der Organisation noch Fernstehenden einsehen, daß auch für sie der einzig richtige Weg im Holzarbeiterverband ist, damit auch sie mal an eine Verbesserung ihrer Lage denken können.

**Sterbetafel.**

- Joh. Paul Haagen, Schreiner, geb. 27. März 1862 zu Nürnberg, gest. 25. Oktober 1905 ebenda.
- Ignaz Zhenver, Schreiner, geb. 2. Februar 1879 zu Ullersdorf, gest. 26. Oktober 1905 zu Nürnberg.
- Kurt Mittelbach, Stellmacher, geb. 10. November 1885 zu Glauchau, gest. 22. Oktober ebenda.
- Gustav Freemann, geb. 13. Dezember 1862 zu Memel, gest. 14. Oktober 1905 zu Burgberg.
- Herman Ziegel, Schreiner, geb. 12. November 1853 zu Eisenberg, gest. 22. Oktober 1905 zu Stuttgart.
- Karl Schreiber, Tischler, geb. 8. Mai 1881 zu Tornau bei Halle a. S., gest. 27. Oktober 1905 zu Dietz bei Halle a. S.
- Alfred Schulze, Drechsler, geb. 27. Dezember 1871 zu Breslau, gest. 30. Oktober 1905 ebenda.
- Julius Reibke, Tischler, geb. 15. August 1848 zu Brieg, gest. 12. Oktober 1905 zu Breslau.
- Otto Langenhahn, Knopfmacher, geb. 10. Mai 1878 zu Frankenhäusen, gest. 18. Oktober 1905 ebenda.
- M. Prathley, Tischler, geb. 24. Dezember 1854 zu Letten-dorf, gest. 21. Oktober 1905 zu Hamburg.
- Richard Strach, Polierer, geb. 27. April 1860 zu Leisnig, gest. 18. Oktober 1905 zu Leipzig.
- Gustav Hippold, Polierer, geb. 28. April 1887 zu Sangerhausen, gest. 29. Oktober 1905 zu Schweitzerhain.
- Kaver Göt, geb. 23. Mai 1877 zu Niederstimm, gest. 28. Oktober 1905 zu Hildesheim.
- Richard Kluge, Tischler, geb. 3. März 1867 zu Berlin, gest. 6. November 1905 zu Breslau.

Ehre ihrem Andenken!  
 Die Ortsverwaltungen.

**Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.**

Zuzug ist fernzuhalten von:  
 Tischlern nach Anklam (P. Oldenburg), Augsburg, Bamberg (Diez & Feder), Chemnitz (Neugebauer), Söln a. Rhein, Goldberg (Moritz & Neumann), Fischbach i. Taunus (Schmidt), Frankfurt am Main (Baugeschäft Wilhelm Hande), Gießhacht, Halberstadt, Langensfelde bei Hamburg (Zimmermeister Schröder), Liegnitz (Diez), Mühlhausen, in Thüringen, Dels, Friedebus (Schulze);  
 Tischlern, Maschinenarbeitern und Drechslern nach Dresden (Arbeitsnachweis des Holzindustriellenverbandes), Genf und Sitten (Schweiz);  
 Modelltischlern nach Schweden;

**Drechsler** nach Bernau (Mückert), Coswig (A. L. Moller Nachf., Jnh. W. Pommitz), Lauterberg (Hillegeist);  
**Gummidrechsler** nach Leipzig;  
**Stockdrechsler** nach Hamburg, Brüssel;  
**Musikinstrumentenarbeiter** nach Bamberg (F. C. Neupert), Berlin (Heilbrunn & Söhne), Dresden (Arbeitsnachweis des Holzindustriellenverbandes), Liegnitz (A. Freytag), Mannheim (Scharf & Hauck), Stuttgart (P. Papp);  
**Korbwacher** nach Fürstenberg a. Oder, Geesthacht (Gebr. Meier) Hamburg (H. Ahrens), Liegnitz (Konehny), Stettin.

In Augsburg sind in der letzten Zeit wiederholt Maßnahmen von Schreibern, Bodenlegern und Maschinuarbeitern in größerer Zahl erfolgt, so daß wir genötigt sind, über den ganzen Ort die Sperre zu verhängen. Wir bitten also um Fernhaltung des Zugrugs.

**Zu Wamburg sind Differenzen ausgebrochen. Näherer Bericht folgt. Zugang für Holzarbeiter aller Branchen ist streng fernzuhalten.**

Zu Hamburg sind fortgesetzt Kollegen von auswärts mit Anschlägen und sonstigen Arbeiten beschäftigt, weil in den letzten Jahren infolge der günstigen Baukonjunktur eine große Masse Arbeit an auswärtige Firmen vergeben worden ist. Mit diesen Kollegen haben wir einen immerwährenden Kampf um Einhaltung der hier bestehenden Tarife zu führen. Daß die Löhne dieser Kollegen in ihrer Heimat bedeutend hinter den hierorts üblichen zurückbleiben, wirkt gerade nicht günstig für uns, aber ändern können wir es auch nicht. Was wir aber ganz entschieden von diesen Kollegen verlangen müssen, ist, daß sie beim Anschlägen usw. hier in den Bauten die ortsübliche Arbeitszeit und die Löhne hochhalten. Gewöhnlich treffen dieselben vor der Abreise mit ihrer Firma ein Abkommen auf Montagetagegütung, welches nur selten den hiesigen Löhnen entspricht. Befonders aber ist es die Arbeitszeit, welche hier laut Vertrag für die Tischler dieselbe ist wie für die übrigen Bauarbeiter, welche von den auswärtigen Kollegen beständig überschritten wird. Fast regelmäßig wollen dieselben zehn Stunden arbeiten und dann auch noch recht viele Überstunden machen, während die hiesigen Kollegen arbeitslos auf der Straße liegen. Aber auch unsere Arbeitgeber beklagen sich nicht mit Unrecht über eine solche Schmutzkonzurrenz, denn während sie sich nach dem Vertrag richten müssen, nehmen die auswärtigen Firmen zu bedeutend niedrigeren Preisen die Arbeiten an. Versuche unsererseits, in solchen Fällen eine dem Vertrag entsprechende Regelung herbeizuführen, werden dann nicht selten von unseren eigenen Kollegen ignoriert oder gar schroff zurückgewiesen. So erklärten vor kurzem noch mehrere Stuttgarter Kollegen, welche hier im Bau bis in die Nacht hinein arbeiteten, daß sie sich nach den Hamburger Beschlüssen nicht richteten; sie hätten das in Stuttgart so abgemacht. Wir möchten nun auf diesem Wege unsere Kollegen und besonders auch die Zahlstellenverwaltungen darauf aufmerksam machen, daß wir uns etwas derartiges nicht länger gefallen lassen werden. Wir legen niemand etwas in den Weg, der hier arbeiten will, aber über die Arbeitsbedingungen und deren Einhaltung werden wir wachen und nicht zugeben, daß private Abmachungen, die unserem Vertrag nicht entsprechen, hier erfüllt werden. Wenn unsere Bemühungen in dieser Beziehung von den auswärtigen Kollegen auch fernerhin unbeachtet bleiben, so werden wir uns nicht scheuen, zur Verhängung der Sperre über derartige Arbeiten zu schreiten und gegen die betreffenden Kollegen den Ausschluß aus dem Verband zu beantragen. Wir wollen jedoch hoffen, daß dieser Appell genügen wird, um solche Maßnahmen zu verhindern. Unsere Forderung ist: In Hamburg haben alle Kollegen, die hier arbeiten, die bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen zu respektieren und einzuhalten. Die Ortsverwaltung.

In Lauterberg am Harz befinden sich die neun Drechsler der Firma Hillegeist wegen Lohnreduktion im Streik. Auch die beiden ausgeleiteten Kollegen haben die Arbeit niedergelegt, obwohl ihnen Herr Hillegeist ungeseklicher Weise ihre Kautions- und ihre Papiere vorenthält. Herr Hillegeist stützt sich dabei auf einen Lehrvertrag, der den Ausgelernten noch eine einjährige Arbeitsverpflichtung nach absolvierter Lehrzeit im Hillegeist'schen Betrieb auferlegt, doch ist dieser Vertrag, da er einseitig ist, nicht rechtsgültig. Die beiden Kollegen werden deshalb gegen Herrn Hillegeist klagbar werden. Einstweilen ist Zugang von Drechsler nach hier fernzuhalten.

In Mannheim haben in der Pianofortefabrik von Scharf & Haut die vier Polierer die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen 10 Prozent Lohnerhöhung bei Akkord, sowie bei Lohnarbeit, und 25 Prozent für Überstunden. Die Firma will für Überstunden 25 Prozent bezahlen, jedoch von einer Lohnerhöhung nichts wissen. Die Firma sucht nun in anderen Städten eingearbeitete Schreiner auf Piano, und wird ersucht, den Zugang nach hier fernzuhalten.

**Aus den Berufen der Holzbranche.**

**Ein Truhverband für das Leipziger Drechslergewerbe!** Nachdem die Drechslermeister Berlins eine Vereinigung gegründet haben, um die graße Schmutzkonzurrenz im Drechslergewerbe erfolgreich bekämpfen zu können, wozu möglichst mit Hilfe der Gesellen, hat in voriger Woche in Leipzig eine außerordentliche Generalversammlung der Drechslerinnungsmeister getagt, die über die Gründung eines Schutz- und Truhverbandes gegen den Deutschen Holzarbeiterverband beraten hat. Die Beschlüßfassung hierüber ist jedoch bis zu einer weiteren Versammlung ausgesetzt worden. Wir wollen uns vorläufig jeder weiteren Bemerkung hierzu enthalten, werden vielmehr zu gelegener Zeit die Bestrebungen der Leipziger Drechslermeister eingehend behandeln.

**H. Fuchs, Waggonfabrik, Akt.-Ges., Heidelberg.** Für das Geschäftsjahr 1904/05 werden, wie im Vorjahr, 4 Prozent Dividende verteilt. Die Verkaufspreise haben laut Geschäftsbericht etwas angezogen, dagegen sei auch eine allgemeine Erhöhung der Rohmaterialpreise eingetreten.

**Sächsische Ahrenfabrik, Akt.-Ges., Furthungen.** Die Gesellschaft verteilt für das Geschäftsjahr 1904/05 5 Prozent Dividende (1903/04 5 Prozent, 1902/03 4 Prozent, 1901/02

3 Prozent). Der Geschäftsbericht bemerkt, daß trotz der noch ungeminderten Überproduktion, der schon jetzt fühlbaren Nachteile der neuen Zollverhältnisse, des ständigen Steigens der Rohmaterialpreise und des auf den Absatz in Ostasien ungünstig wirkenden Krieges in allen Zweigen des Unternehmens Fortschritte zu verzeichnen sind. Im neuen Geschäftsjahr ist die Gesellschaft reichlich mit Aufträgen versehen. Für die Fiktalfabrik Güterbach ist die Errichtung eines Neubaus in Aussicht genommen, dessen Kosten aus den Betriebsmitteln gedeckt werden.

**Gewerkschaftliches.**

**Von den hohen Gewerkschaftsbeiträgen.**

In den deutschen Gewerkschaften war bis vor wenigen Jahren noch die Meinung vorherrschend, man müsse die Gewerkschaftsbeiträge möglichst niedrig halten, um der großen Masse der Arbeiterchaft den Beitritt zu diesen Organisationen zu ermöglichen. Demgemäß waren Beiträge von 10, 15 und höchstens 20 Pf. die Woche die Regel. Die Organisationen übten aber auf die Arbeitermassen nur wenig Anziehungskraft aus, sie blieben klein, trotz niedriger Beiträge, sie erstreckten sich zumeist auch nur auf eine Elite von Arbeitern in wenigen Großstädten. Bald erkannten die Gewerkschaftsführer, daß die Ursache der geringen organisatorischen Erfolge in der Hauptsache in den geringen Beiträgen liege.

Es war den Gewerkschaften infolge der niedrigen Beiträge nicht möglich, größere Kämpfe zu inszenieren, oder wenn ihnen vom Unternehmertum solche Kämpfe aufgezwungen waren, dieselben bis zu einem guten Ende durchzukämpfen — sie hatten ja kein Geld. Ohne den schneidenden Mamon ließen sich wirtschaftliche Kämpfe nun einmal nicht führen. Auf das Zukunftsmittel der Lokalfiskal „Einigkeit“, für die Streitenden Garfücken einzurichten, war man damals noch nicht verfallen, da man zu jener Zeit von den französischen Kampfmethoden noch wenig hielt. So mußte man sich mit öffentlichen Sammlungen behelfen, damit erreichte man aber den gewünschten Zweck nur halb.

Stunmal enthüllte man dem Unternehmertum schon durch Veranstaltung solcher Sammlungen seine eigene Schwäche, man anerkannte damit öffentlich, daß man zur Führung des Kampfes nicht die nötigen Mittel habe; und dieses öffentliche Eingeständnis gab den Unternehmern allein schon eine größere Widerstandskraft.

Dann aber war das Ergebnis solcher Sammlungen von vornherein nicht sicher, und auf unsichere Geldquellen konnte man sich doch schlecht verlassen. Deshalb wurden oft genug Kämpfe schon gar nicht aufgenommen, im Hinblick auf ein unter Umständen zu erwartendes Fiasko bei der im Falle eines Streiks unbedingt notwendigen Geldsammlung.

Schließlich aber, und das war wohl der wichtigste Grund, waren es doch wieder nur die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, welche in der Hauptsache die Gelder bei solchen Sammlungen aufbringen mußten. Deshalb dann nicht gleich entsprechend hohe Beiträge zahlen, wenn wir doch zahlen müssen? So sagten sich die einsichtigen Gewerkschaftler, und sie wirkten deshalb für höhere Gewerkschaftsbeiträge. Und erst von dem Zeitpunkt an, wo man höhere als die oben angegebenen Beiträge einführte, erreichte man mittels der Gewerkschaften größere Erfolge, und auch erst von diesem Zeitpunkt an übten die Gewerkschaften eine große Anziehungskraft auf die Arbeitermassen aus. Diese Massen waren früher in die Organisationen nicht hineinzubringen, trotz oder wegen der niedrigen Beiträge. Die Gewerkschaften leisteten ja nicht und hatten deshalb nur wenig Werbefaßt. Sie waren es nicht, die sie zu organisieren, trotz oder wegen hoher Gewerkschaftsbeiträge, die mittels derselben erzieltten größeren Erfolge gaben der Arbeiterschaft schon von selbst das nötige Zutrauen zur gewerkschaftlichen Organisation.

Das haben die Gewerkschaftler lange schon erkannt, und auch die Masse der Gewerkschaftsmitglieder hat das mittlerweile begriffen, wie ja am besten die durch Mitgliederbeschlüsse eingeführten, weit über die Verbandsbeiträge hinausgehenden lokalen Extrabeiträge erweisen. Nur einzelnen unentwegten Gewerkschaftskritikern scheint die Überzeugung von dem Wert hoher Gewerkschaftsbeiträge für den Klassenkampf noch nicht aufgedämmert zu sein. Am treffendsten wurde diese Unfähigkeit, diesen so einfachen gewerkschaftlichen Vorgang zu begreifen, demonstriert von dem Kollegen Fleißner in einem Artikel „Partei und Gewerkschaft“, der vor kurzem in der „Neuen Zeit“ erschienen ist. Fleißner redet in diesem Artikel, auf den er sich in einigen Parteiversammlungen in Dresden und Umgegend viel zugute getan hat, von allem möglichem und noch einigen Versumpfungsercheinungen der Gewerkschaften. Zu diesen zählt er nun auch die hohen Gewerkschaftsbeiträge. Durch die in die Höhe getriebenen Gewerkschaftssteuern sei vielen Arbeitern die Zahlung von Parteibeiträgen sehr erschwert. Beim schlechgezählten Arbeiter spielten eben auch Groschen eine Rolle. Dadurch werde die Partei sehr benachteiligt.

Im Sinne dieses Reasonnements hat man in früheren Jahren in Parteitreffen viel gegen die hohen Gewerkschaftsbeiträge gewettert, das hat der Entwicklung der Gewerkschaften manchmal allerdings sehr geschadet, hat aber die Einführung hoher Beiträge nicht hindern können. Es wurde für die Gewerkschaften zur Selbsterhaltungspflicht, große Kampffonds zu schaffen, um leistungsfähig zu sein, um den wirtschaftlichen Kampf überhaupt führen und erfolgreich gestalten zu können. Die Masse der Gewerkschaftsmitglieder hat sich gewiß lange genug dagegen gestraubt, wir wissen das ja am besten aus unserer Organisation, wo ja lange Jahre ein geradezu erbitterter Kampf um die Arbeitslosen-

unterstützung geführt worden ist, der in der Hauptsache doch nur ein Kampf um hohe Beiträge war. Endlich, vor 3 1/2 Jahren, wurde dieser Streit der Meinungen zugunsten des 35 Pf.-Beitrags entschieden, sicher nicht zum Schaden unserer Organisation. Seit dieser Zeit können wir eigentlich erst so recht das Ausfließen unseres Verbandes datieren. Unsere Organisation hat sich, trotz — oder wegen — der hohen Beiträge nahezu verdoppelt an Mitgliedern, sie ist trotz der hohen Beiträge in weite Gebiete des Landes eingedrungen, die ihr bis dahin verschlossen waren. Die Mitglieder haben sogar Gefallen an den hohen Beiträgen gefunden, was allein schon die Tatsache erweist, daß zurzeit über 20000 Mitglieder neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag von 35 Pf. einen Extrabeitrag von 15 Pf., zirka 10000 Mitglieder von 25 Pf., zirka 50000 Mitglieder von 15 Pf., zirka 10000 Mitglieder von 10 Pf. und zirka 20000 Mitglieder von 5 Pf. aus freier Entschließung zahlen. Und unter den Orten, wo die Mitglieder solche Extrabeiträge zahlen, wissend, daß sie damit ihre Gewerkschaft nur immer wieder leistungs- und kampffähiger gestalten, befinden sich, was ja bei der Masse der in Frage kommenden Mitgliederzahl schon von selbst erhellt, nicht nur jene mit einer gutentlohnerten Arbeiterschaft, sondern die zurückgebliebensten Gegenden, wo jeder Pfennig doppelten und dreifachen Wert hat. Die Kollegen wissen, daß sie nur dann auf eine wirtschaftliche Besserstellung hoffen können, wenn sie die Gewerkschaft zunächst einmal kampffähig machen. Und diese Überzeugung bringt in immer weitere Kreise.

Auch die Partei kann mit diesem Gang der Dinge durchaus zufrieden sein. Jedenfalls hat die Finanzgebarung der Gewerkschaften der Partei auch nicht im mindesten Abbruch getan, im Gegenteil ist die Finanzkraft der Partei dadurch nur gehoben worden. Denn während früher die paar tätigen Genossen immer und immer wieder und fast ausschließlich zahlen mußten — mehr zahlen mußten als jetzt durch die noch so hohen Gewerkschafts- und Parteibeiträge — und die Sammellisten zirkulierten doch nur im Rahmen eines recht beschränkten Personenkreises, und die tätigen Genossen mußten auf die Sammellisten doch immer mit einem recht ansehnlichen Betrage zeichnen, wollten sie die Masse zu Opfern aneifern —, wird jetzt die große Masse der Arbeiterschaft zur Finanzierung unserer Bewegung herangezogen. Und die Masse, die jetzt nicht mehr nach freiem Ermessen viel oder wenig zahlen kann, sondern hohe Beiträge zahlen muß hat durch die von ihr verlangte regelmäßige Opferwilligkeit auch gleichzeitig ein gut Stück gewerkschaftlicher Kampfesdisziplin aneuzogen bekommen. Und die Partei hat auch davon nur Vorteile, sintonalen der Arbeiter, der in der Gewerkschaft gelernt hat, viel zu geben, will er viel erreichen, nur zu leicht geneigt sein wird, diesen Grundsatz auch auf die Partei zu übertragen, wie ja allein schon die Tatsache beweist, daß die Partei in Berlin, Hamburg und Leipzig am finanzkräftigsten ist, obwohl oder weil dort allgemein die höchsten Gewerkschaftsbeiträge gezahlt werden.

Und so wäre zu diesem Thema noch vieles zu sagen; beispielsweise, daß die Gewerkschaftler durch hohe Beiträge sicher nicht gehindert werden in der finanzstellen Unterstützung der Partei, da sie ja mittels der hohen Beiträge lange schon Lohnerhöhungen durchgesetzt haben, die das Doppelte, Dreifache, ja Zehnfache ihrer Gewerkschaftsbeiträge ausmachen. Daß sie durch hohe Gewerkschaftsbeiträge auch deshalb nicht gehindert sind an der Parteilätigkeit, als ja eine große Anzahl von Gewerkschaftlern und Parteigenossen trotz dieser hohen Beiträge auch noch Gesangs- und anderen neutralen Vereinen beitreten. Daß schließlich von einer Behinderung der Partei durch die hohen Gewerkschaftsbeiträge auch schon deshalb keine Rede sein kann, als die Gewerkschaften ja oft genug in den zurückgebliebensten Gegenden der Parteiorganisation erst die Bahn brechen. — Wir wollen uns auf das Gesagte beschränken, da wir Kritiker vom Schlage des Kollegen Fleißner — die sich ihrer gewerkschaftlichen Mitgliedschaft entäußern, um die Gewerkschaften um so lauter in Grund und Boden hineinkritizieren zu können — doch nicht überzeugen können und wollen. Und unsere Kollegen wissen ja ohnedies, daß ihre hohen Gewerkschaftsbeiträge nur die Quelle großer gewerkschaftlicher Zukunftserfolge sind.

**Aussperrungen.** Die Aussperrung in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie dauert unverändert fort. Die Unternehmer haben am 6. November wieder die Betriebe geöffnet für diejenigen Arbeiter, welche sich zu den von Arbeitgeberseite diktierten Arbeitsbedingungen zu Arbeitswilligkeitsdiensten hergaben. Da sich aber nur wenige Arbeiter zur Arbeit wieder einfanden, sind die Betriebe am 11. November erneut geschlossen worden. Zudem ist an diesem Zeitpunkt mit der Schließung aller Textilbetriebe des Fabrikantenrings, in denen bis dahin noch nicht ausgesperrt war, Ernst gemacht worden, so daß in dem ganzen Industriegebiet zurzeit gegen 40000 Textilarbeiter auf der Straße liegen. Öffentlich lassen es unsere Kollegen an der so notwendigen Unterstützung der Aussperrten nicht fehlen.

**Zu dem Konflikt im „Vorwärts“** nimmt in seiner letzten Nummer nunmehr auch das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ Stellung. Aus seiner im ganzen treffenden Kritik des Verhaltens von Parteivorstand und Pressekommission geben wir nur das Resümee wieder: „Der „Vorwärts“-Konflikt hat an sich mit der Gewerkschaftsbewegung wenig zu tun. Die Art seiner Erledigung indes ist es, die allen gewerkschaftlichen Anschauungen ins Gesicht schlägt; sie ist geeignet, den Widerstand des kapitalistischen Serventums moralisch zu stärken und unserem Ringen für volle Gleichberechtigung im Arbeitsverhältnis den Ernst der inneren Wahrheit zu rauben. Um unserer ehrlichen Überzeugung willen, für einen gerechten Anspruch der Arbeiterklasse zu kämpfen, müssen wir dagegen Einspruch erheben, daß die den Gewerkschaften eng befreundete Ar-

beitern bei ihre Angestellten gegenüber unseren Forderungen an die bürgerliche Gesellschaft als minderen Rechtes behandelt. Wir anerkennen, daß die Anstellungsverhältnisse innerhalb der modernen Arbeiterbewegung nicht lediglich nach Grundsätzen zu bemessen sind, die gegenüber dem kapitalistischen Unternehmertum gelten. Wir dürfen aber mit Recht verlangen, daß diese Angestellten nicht in einer Weise behandelt werden, die diesen Grundsätzen schnurstracks zuwiderläuft und den Lohn unserer Gegner geradezu herausfordert. Unsere Anstellungsverhältnisse sollen für die bürgerliche Gesellschaft in jeder Beziehung musterhaft sein, mag es sich um den einfachsten Arbeiter oder um den ersten Angestellten handeln!

Einige Parteiblätter, voran der „Vorwärts“, die „Leipziger Volkszeitung“ und „Schwäbische Tagwacht“ entrüsteten sich kürzlich über die Generalkommission, daß sie den oben im Auszug wiedergegebenen Artikel des „Correspondenzblatt“ veranlaßt und ihn — wie sie behaupten, zur Stimmungs- mache wider die beteiligten Parteieninstanzen — den Gewerkschaftsblättern zwecks Nachdruck im Bürstenabzug zur Verfügung gestellt habe. Diese Entrüstung ist sehr deplaziert. Simal ist es Pflicht der Gewerkschaftspresse — und zwar eine unangenehme Pflicht — zu den Vorgängen in Berlin Stellung zu nehmen, weil sie das Ansehen unserer Bewegung schwer geschädigt haben und weil sie, auch für die Gewerkschaften, unangenehme Konsequenzen zeitigen können. Dann ist es beim „Correspondenzblatt“ immer Praxis gewesen, wichtige Artikel der Gewerkschafts- und oft genug auch der Parteipresse zum Abdruck zur Verfügung zu stellen. Wer von solchen Artikeln Gebrauch machen will, druckt sie ab, wenn sie nicht gefallen, läßt es eben bleiben, wie wir diesen Artikel ja auch nicht nachgedruckt haben, nicht weil wir mit ihm nicht einverstanden sind, sondern weil wir jeder Uniformität der Gewerkschaftspresse feind sind. „Wozu aber die Aufregung? Regt euch doch mehr über die bedauerlichen Vorkommnisse in der Partei auf, als über die Fronde der Gewerkschaftsführer gegen die Partei, die ihr immer dann entdeckt, wenn ihr eine niedliche Hege gegen die Gewerkschaften für die beste Lösung eines unliebamen Parteikonflikts haltet!“ Das möchten wir jenen Parteiblättern zurufen, die sich jetzt wieder weiblich über die Generalkommission entrüsten.

**Deutsche Heimarbeit ausstellung.** Die gemeinsam von bürgerlichen Sozialpolitikern unter Führung des Bureau für Sozialpolitik und von Vertretern der Arbeiterorganisationen (freien Gewerkschaften, deutschen Gewerksvereinen, christlichen Gewerkschaften) betriebenen Vorarbeiten sind so weit gediehen, daß die Veranstaltung der Ausstellung von Erzeugnissen der Heimarbeit und Hausindustrie für Mitte Januar (17. Januar) bis Ende Februar nächsten Jahres jetzt feststeht, und zwar in mehreren geräumigen Sälen der alten Kunstakademie, Unter den Linden Nr. 88. Es ist beabsichtigt, ein möglichst vollständiges Bild der gesamten deutschen Heimarbeit durch Vorführung ihrer Erzeugnisse in vier Hauptgruppen: Metall, Holz, Bekleidung, Lebens- und Genussmittel, mit zahlreichen Unterabteilungen zu geben. Dabei sollen die Waren mit Angaben über die Arbeitszeit und die Lohnhöhe versehen werden. Literarische Hilfsmittel, Vorträge und bildliche Darstellungen werden zu weiterer Erläuterung herangezogen. Geschäftsstelle ist bis auf weiteres das Bureau für Sozialpolitik, Berlin W 80, Mollendorferstraße 29/30.

„Die Gewerkschaft“, das Organ des Gemeindefördererverbandes, soll einem Beschluß des Vorstandes jener Organisation entsprechend ab 1. Januar wöchentlich herausgegeben werden. Bisher erschien sie alle 14 Tage.

**Gewerkschaftler gehören nicht in Kriegervereine!** Der von uns stets gepredigte Grundsatz, daß ein klassenbewußter Arbeiter in einem Kriegerverein nichts zu suchen hat, wird jenen inkonsequenten Gewerkschaftlern, die es bisher doch mit ihrer proletarischen Ehre für vereinbar hielten, sich jenen Hurravereinen anzuschließen, mit erfreulicher Deutlichkeit neuerdings immer wieder auch von der Gegenseite eingepaukt. So berichtet jetzt wieder unser Ludwigshafener Parteiorgan: Den heiligen deutschen Reichstoa geweiht hat der Kriegerverein in Pirmasens. Ein Mitglied dieses Vereins, das zugleich dem Zentralverband der Schuhmacher als Mitglied angehört, wurde, als der Vorstand des Kriegervereins von dieser Nachlosigkeit hörte, vor das hohe Tribunal geladen. Er sollte Rede und Antwort stehen, ob er dem staatsgefährlichen Verband der Schuster noch weiter angehören wolle. Der Mann erschien jedoch nicht vor den Rache heischenden Kriegervereinslern, die nun folgendes Schreiben vom Stapel ließen:

Krieger- und Veteranenverein Pirmasens  
„In Treue fest!“  
Pirmasens, den 8. Oktober 1905.

An Herrn W. C. S., hier.

Der Ausschuss hat in seiner geheimen Sitzung vom 4. d. M. einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

Nachdem Sie auf unsere Aufforderung vom 24. September abhin, am Donnerstag den 28. or. im Vereinslokal sich zu rechtfertigen, nicht erschienen sind, sondern nur schriftlich auf diese Angelegenheit zurückkamen, worin Sie Ihre Mitgliedschaft zum Deutschen Schuhmacherverein zugeben und hierdurch gegen § 8 des Statuts verstößen haben, werden Sie aus dem Verein ausgewiesen und Ihnen der Beschluß mit Gegenwärtigem zugestellt.

S. A.: Eßfler, zweiter Schriftführer.

Die Hurrapatrioten mögen nur so weiter fahren; möge der Tag nicht mehr fern sein, wo ein Arbeiter überhaupt nicht mehr im Kriegerverein zu finden ist!

**Eine christliche Gründung,** die Zentraleinkaufsstelle christlicher Gewerkschaftsgenossenschaften, ist bankrott. Aus Suchteln melden bürgerliche Blätter dazu: Auflösung des Konsumvereins „Arbeiterwohl“. In der letzten Generalversammlung beschloß der hiesige Konsumverein „Arbeiterwohl“ seine Auflösung. Der hiesige Konsumverein gehörte zu der Einkaufszentrale M.-Gladbach. Die Einkaufsgenossenschaft m. b. H. in Liquidation hat laut Versammlungsbeschluß folgende Bilanz aufgestellt: An Aktiven: Kassensbestand 1644,67 Mk., Abtragungssumme des Konsumvereins Wülfelm 1200 Mk., desgleichen Siegerland 1000 Mk., insgesamt 844,67 Mk. An Passiven: Darlehensforderung des Christlichen Bergarbeiterverbandes 8375,90 Mk., 5 Prozent Zinsen bis 1. Oktober 1905 = 418,80 Mk., Darlehens-

forderung des Kupferverbandes 8299,56 Mk., Zinsen dazu 164,98 Mk., an eingezahlten Geschäftsanteilen der Genossen 8858,19 Mk., Einzahlung auf die Haftsumme 5832,74 Mk., insgesamt 26950,17 Mk. Das Defizit beträgt 23105,05 Mk. Diese Last verteilt sich auf 30 Genossenschaften, so daß auf jede 770,20 Mk. entfallen. Für die hiesige Genossenschaft „Arbeiterwohl“ würden auf jedes Mitglied ungefähr 30 Mk. entfallen. Beim hiesigen Verein „Arbeiterwohl“ gab es Mitglieder, welche wohl ihren Genossenschaftsanteil zahlten, Waren dagegen aus dem Konsum nicht entnahmen.

**Die französischen Gewerkschaften.** Nach dem vor kurzem erschienenen Jahrbuch der Arbeiteryndikate wurden im laufenden Jahre 4625 Arbeiteryndikate (gewerkschaftliche Lokalvereine, die sich zumeist nur in lose, auf föderalistischer Grundlage gebildete Gewerkschaftsverbände zusammenschließen) mit 781344 Mitgliedern — davon 69405 weibliche — gezählt, gegen 2324 bzw. 437793 im Jahre 1898. Die stärkste Mitgliederzahl, nämlich 221688, haben die Arbeiter des Transport- und Handelsgewerbes; dann folgen mit 90359 die Metalle, mit 79676 die Textil- und mit 79277 die Bergarbeiter. Von den Arbeitern des Baugewerbes sind nur 52480 organisiert. Zumeist stehen auch diese Mitgliederzahlen nur auf dem Papier.

### Soziale Rechtspflege.

**Wann haben Krankenkassenmitglieder Anspruch auf Gewährung künstlicher Gebisse?** Nach § 6 des Krankenversicherungsgesetzes sollen den Kranken auf Kosten der Krankenkassen unter anderem Brillen, Bruchbänder und ähnliche Heilmittel gewährt werden. Was unter „ähnliche Heilmittel“ zu verstehen ist, darüber haben in den einzelnen Fällen die Gerichte zu entscheiden, die indessen schon oftmals dahin erkannt, daß jedenfalls künstliche Gebisse nicht hinzuzurechnen sind, da diese in der Regel viel zu teuer sind, als daß sie noch als „ähnliche Heilmittel“ bezeichnet werden können, und da überdies die Benutzung künstlicher Zähne nicht immer unbedingt notwendig erscheint, um Leben und Gesundheit eines Patienten zu erhalten. Indessen soll — so entschied jüngst das braunschweigische Verwaltungsgericht — nicht prinzipiell die Befreiung künstlicher Gebisse an Kassenfrante abgelehnt werden, vielmehr sollen jedesmal die besonderen Umstände in Betracht gezogen werden. In einem Falle, welcher der Entscheidung des genannten Gerichtes unterstellt wurde, forderte der Patient die Kosten eines Gebisses an Stelle von vier oberen Schneidezähnen, die ihm fehlten. Das Gericht hat diesen Anspruch für berechtigt erklärt. In den Gründen wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ein Kassenangehöriger nicht etwa schon aus dem Grunde ein künstliches Gebiß verlangen dürfte, weil hierdurch die durch den Zahnverlust beeinträchtigten Gesichtszüge ihr früheres Aussehen wieder gewinnen.

Indessen ist im vorliegenden Falle nach ärztlichem Gutachten das Kassenmitglied durch das Fehlen der Schneidezähne magentranig geworden, und diesem Übel kann nur durch Ergänzung der schlechten Zähne begegnet werden. Immerhin wird auch in Fällen dieser Art das Krankenkassengesetz nur sehr vorsichtig angewendet werden müssen: es muß beispielsweise auch die Möglichkeit gegeben sein, daß das Gebiß bei mäßigem Preise in einer Weise gearbeitet ist, daß kostspielige Reparaturen oder gar baldige Erneuerung nicht zu erwarten stehen. Ein solcher minderwertiger Zahnersatz käme gegebenenfalls auch überhaupt nicht ernstlich als Heilmittel in Betracht, und der Kassenarzt muß diesen Umstand bei seiner Verordnung berücksichtigen, gleichwie er im Hinblick auf die bekanntlich nicht unerheblichen Schwierigkeiten der Eingewöhnung an einen künstlichen Zahnersatz zu erwägen hat, ob nach der individuellen Veranlagung des Betroffenen und nach dem Grade der ihm innewohnenden Einsicht und Willensstärke anzunehmen ist, daß die Verordnung ihren Zweck erfüllt.

### Stingsait.

Zur Stellmacherbewegung.

In der Sektionsversammlung der Stellmacher Berlins am 26. Oktober wurde gemäß dem Beschluß der Konferenz die Zentralkommission der Stellmacher Deutschlands gewählt. Dieselbe besteht aus folgenden Kollegen: Franz Henke, Vorsitzender, Artur Hiebel, Schriftführer, Josef Engelhardt, Hieronymus Kuppler, Martin Wöbale.

Alle Zuwendungen sind an den Kollegen Franz Henke, Berlin N 28, Swinemünderstraße 56 III, zu richten.

Indem wir bemerken, daß die Tätigkeit der Kommission nur dann eine erfolgreiche sein kann, wenn sie durch die Kollegen tatkräftig unterstützt wird, ersuchen wir, Anfragen der Kommission in allen Fällen so schnell wie möglich zu beantworten.

Fr. Henke.

Zur Klavierarbeiterbewegung.

Die Dresdener Klavierarbeiter beschäftigten sich in einer öffentlichen Versammlung, nachdem sie ein Referat des Kollegen Siefeld-Berlin über die gegenwärtige Lage der Klavierarbeiter gehört hatten, mit dem bisherigen Ergebnis des Aufrufs zu einer deutschen Klavierarbeiterkonferenz. Die Versammlung erklärte sich mit dem Vorgehen der Sektionsleitung in bezug auf die Abhaltung einer Klavierarbeiterkonferenz einverstanden und empfahl, die Konferenz am 1. und 2. Januar 1906 abzuhalten. Als die Dresdener Sektionsleitung ihren Aufruf erließ, war sie überzeugt, daß es nur dieses Anstoßes bedürfte, um den Stein ins Rollen zu bringen. Bisher haben sich zwölf Zahlstellen in zustimmendem Sinne in der „Solzarbeiter-Zeitung“ geäußert. Die Zeiser Kollegen schlagen ihre Zahlstelle als Ort der Zusammenkunft vor, welcher Vorschlag inzwischen vom Vorstand akzeptiert worden ist; Berlin und Hannover wollen die Konferenz auf sämtliche dem Solzarbeiterverband angeschlossenen Berufe in der Musikinstrumentenindustrie ausgedehnt wissen. Diese zwölf Zahlstellen repräsentieren allerdings der Zahl der Beschäftigten nach das Gros der Klavierarbeiter, aber das Fehlen einer ganzen Reihe bedeutender Städte läßt auf eine Gleichgültigkeit schließen, welche als Bundesgenossin zu haben die Arbeitgeber zu beneiden sind. Wenn Orte, wo keine Betriebe existieren, den Dresdener Aufruf unbeachtet ließen, so überrascht das nicht; dort müssen

die Zahlstellenverwaltungen darauf aufmerksam gemacht werden, ihr Augenmerk auch auf solche der Organisation meist fernstehenden Kollegen zu richten; aber Städte wie Leipzig, Eisenberg, Gotha, Jena, Heilbronn, Cassel, Frankfurt a. M., Hagen, Bielefeld, Bremen, Osnabrück, Göttingen, Liegnitz, Lößau und andere, von welchen man voraussetzt, daß eine Sektionsleitung vorhanden ist, waren verpflichtet, sich zu äußern. Auch aus der Mechanikmacher- und Klaviermacherbranche, welche ja zu den Klavierarbeitern gehören, wären Meinungsäußerungen erwünscht gewesen.

Die Frage, ob Klavier- oder Musikinstrumentenarbeiterkonferenz, ist wohl am zweckentsprechendsten mit der ersten beantwortet. Zu den dem Solzarbeiterverband angeschlossenen Berufen in der Musikinstrumentenindustrie gehören Klavier-, Orgel-, Harmonium-, Holzblasinstrumenten-, Geigen- und Harmonikamacher, dazu kommen noch die Arbeiter in den Fabriken mechanischer Musikwerke. Die speziellen Berufsinteressen für die Angehörigen der einzelnen Branchen sind so verschiedenartig, daß die zur Verfügung stehende Zeit (es können wohl höchstens zwei Tage in Anspruch genommen werden) nicht ausreichen würde, um für alle Branchen etwas Positives zu schaffen, abgesehen davon, daß es Zeitverschwendung wäre, alle Musikinstrumentenarbeiter zu einer gemeinsamen Konferenz zusammenzubringen. Zu erwägen wäre vielleicht, ob mit den Klavierarbeitern zugleich Konferenzen der übrigen Berufe veranstaltet werden könnten, so daß die einzelnen Berufe getrennt tagen, und vielleicht ein Tag zur gemeinsamen Arbeit angefaßt würde, da Punkte wie Agitation, Schaffen einer Zentrale für ganz Deutschland und noch andere die Interessen sämtlicher Musikinstrumentenarbeiter berühren. Voraussetzung hierfür wäre allerdings, daß die Organisation in den einzelnen Branchen der Musikinstrumentenindustrie, welche konferieren wollen, wenigstens so viel Wurzel geschlagen hat, daß etwas Erfriehliches dabei herauskommen kann. Die Sektionsleitung in Dresden hat anfangs dieses Jahres ein Rundschreiben an die Zahlstellen, in welchen Orgelbauanstalten bestehen, gefaßt zur Ermittlung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Das Ergebnis war, daß von 29 Zahlstellen nur 13 antworteten; von diesen waren angegeben 117 Beschäftigte, davon 5 organisiert. Diese Rundfrage beweist wohl, daß den Orgelbauern gegenwärtig mit einer Konferenz noch nicht gedient ist, daß da der Hebel noch wo anders angefaßt werden muß. Wie bei den Orgelbauern, so ist das Verhältnis auch bei den Geigen-, Holzblasinstrumenten-, ganz zu schweigen von den Harmonikamachern im Erzgebirge. Etwas anderes ist es schon mit den in Fabriken mechanischer Musikwerke Beschäftigten und den Harmoniumarbeitern, welche ihren Haupt- sitz in Leipzig haben und gut organisiert sind. Aber die Leipziger Sektionsleitung scheint sich nicht bemüht gefühlt zu haben, zu dem Dresdener Aufruf in einer Versammlung Stellung zu nehmen; auch aus dem großen Kollegentreis scheint keine diesbezügliche Anregung gekommen zu sein. Eine Konferenz kann ihren Zweck nur dann erfüllen, wenn die maßgebendsten Zentren der betreffenden Industrie vertreten sind. Jedenfalls wird die auf der Klavierarbeiterkonferenz einzusetzende Zentrale die Verpflichtung haben, für sämtliche Berufsweige in der Musikinstrumentenindustrie zu wirken und organisatorisch anregend tätig zu sein.

Dresden. Die Sektionsleitung.

Zur Agitation unter den Bürsten- und Pinselmachern.

In zwei Versammlungen haben die Dresdener Bürstenmacher Stellung genommen zur Abhaltung einer Konferenz, auch ist dabei gleich über verschiedene Anträge beraten worden. In bezug auf die Einführung von Staffelbeiträgen sind wir der Meinung, daß wir die bestehenden Beiträge nicht wieder reduzieren können, denn es ist eine bekannte Tatsache, daß eine Organisation mit niedrigen Beiträgen nichts leisten kann. Allerdings ist der 50 Pf.-Wochenbeitrag, den wir in Dresden bezahlen, immerhin eine ganz respektable Leistung. Nun sind wir der Meinung, daß dafür auch etwas geboten werden kann.

Betrachten wir uns doch die Löhne der Bürstenmacher. In Dresden besteht ein Satz, welcher 1890 im Streik erzwungen wurde und heute noch in Kraft ist, stellenweise wird aber nicht nach ihm bezahlt. Nach diesem Tarif ist es dem besten Arbeiter auf Zurichten bei sechs Tagen Arbeitszeit möglich, einen Lohn von höchstens 24 Mk. zu verdienen. Wir haben hier Werkstellen, wo überhaupt nicht mehr als 16 bis 18 Mk. zu verdienen sind, desgleichen haben wir hier Kollegen, welche 11 bis 13 Mk., wenn es hoch kommt 15 Mk. pro Woche verdienen. Es ist in Dresden keinem Bürstenmacher möglich, mit seinem Lohne auszukommen, fast allgemein müssen die Kollegen ihre Frauen zum Mitverdienen heranziehen, wenn sie nicht trotz aller Arbeit hungern wollen. In vielen Städten ist es noch schlimmer, ganz abgesehen vom Erzgebirge, Schwarzwald usw. Angesichts dieser Löhne ist es eine Notwendigkeit, sich mit Staffelbeiträgen zu befassen, wohl gemerkt, nur bei einer Erhöhung der Beiträge. — Weitere Anträge zielten hin auf eine Erweiterung und Verbesserung der Zeitung, damit über technische und praktische Seiten eines jeden Berufes Aufklärung geschafft werden kann. Ferner wurde angeregt die Veranstaltung einer Statistik über ganz Deutschland für alle in der Bürsten- und Pinselindustrie beschäftigten Personen sowie die Einführung eines einheitlichen Lohn tariffs, doch sollen soweit als möglich Wochen- oder Stundenlohn verlangt werden. Das Kost- und Logiswesen ist zu bekämpfen und abzuschaffen. Auch soll die Konferenz Stellung nehmen zur Befreiung von Bürstenwaren an Konsumvereine, Genossenschaften und an die Großeinkaufsgesellschaft. Vorstehende Anträge wurden eingehend durchberaten und waren alle Kollegen dafür, dieselben der Konferenz zu unterbreiten.

Dresden. A. R.

Zur Maschinenarbeiterbewegung.

Etwas spät, aber hoffentlich noch zur rechten Zeit, haben die Vertrauensmänner der Breslauer Maschinenarbeiter zur „brennenden“ Frage der Konferenz Stellung genommen. Es ist zu bedauern, daß die Stuttgarter Kollegen mit der Art der geführten Zeitungspolemik der Sache einen so schlechten Dienst erwiesen haben. Der aufmerksame Leser kennt die Weise usw. Der Beschluß der Breslauer ging dahin, der Abhaltung einer Konferenz ihre Zu-

stimmung zu versagen. Das Organisationsverhältnis der Maschinenarbeiter in den allermeisten Städten sei noch so traurig, daß der Zweck der Konferenz vollständig verfehlt sei.

Es soll aber zur Agitation unter den Maschinenarbeitern ansetzen? Da sind uns weit wirksamere Waffen gegeben als eine Konferenz.

Vor drei Jahren waren nur 20 Mann, heute 200 hier organisiert. War damals das Gefühl der Kollegialität zwischen Tischler und Maschinenarbeiter wenig zu spüren, so hat sich das in den Jahren bedeutend geändert.

Damit ist ein unzertrennliches Band zwischen Tischlern und Maschinenarbeitern geschaffen. An Stelle der Konferenz genügt uns vorläufig eine gegenseitige Aussprache in unserem Organ.

Also, Kollegen, frisch auf zur stillen, aber durchgreifenden Kleinarbeit, sie dient uns mehr als Konferenzen.

An die Möbelpolierer Deutschlands!

Wenn wir sehen, wie die anderen Branchen unseres Verbandes, zum Beispiel die Stockarbeiter, Korbmacher, Klavierarbeiter, Stellmacher usw., sich rühren, Agitation treiben, Konferenzen abhalten, so liegt nach unserer Meinung dieselbe Notwendigkeit auch bei uns vor.

Berlin. August Niese, Landsberger Allee 151.

Zur Stuhlarbeiterbewegung.

Fast alle Kollegen, die sich bisher zur Stuhlarbeiterbewegung in der „Holzarbeiter-Zeitung“ geäußert haben, klagen über die Interesslosigkeit der in Betracht kommenden Kreise. So ist es rein unbegreiflich, daß in Städten, wo die Fabrikation von Stühlen stark vertreten ist, sich nichts rührt, während es doch jedem, der den Geschäftsgang die Jahre hindurch verfolgt hat, bekannt ist, daß sich die Arbeitsverhältnisse von Jahr zu Jahr verschlechtern.

Es ist jetzt an der Zeit, daß zu einer verbesserten Agitation namentlich bei den Stuhlmachern geschritten wird. Der Verband zählt heute 120 000 Mitglieder; entwickelt er sich in fettiger Weise weiter, dann wird das zweite Hunderttausend Mitglieder in nicht zu ferner Zeit erreicht sein.

Stuttgart. A. R.

Literarisches.

Gesundheitschutz in Staat, Gemeinde und Familie.

Herausgegeben unter Mitwirkung von Ärzten und Fachgelehrten von Em. Wurm. Mit 10 Tafeln und 134 in den Text gedruckten Abbildungen. 824 Seiten. Preis gut gebunden 4 Mk.

In Arbeiterkreisen werden seit Jahren eine Reihe von Gesundheitslehrbüchern verbreitet, die nicht nur sehr teuer — beispielsweise kosten Bilz 22,50 Mk., Platen 22,50 Mk. —, sondern auch für den Laien durchaus ungeeignet sind.

Wir können dieses Buch, von dem jetzt eine zweite Auflage zu dem außerordentlich billigen Preise von 4 Mk. hergestellt worden ist, allen Kollegen nur wärmstens empfehlen.

Alfred Journer, Was hat der Vater seinem achtzehnjährigen Sohne zu sagen? Ratsschläge eines Arztes. Übersetzt von C. Kavastint. 82 Seiten. Stuttgart, J. G. W. Diez Nachf. Preis 20 Pf.

Julian Vorchardt, Wie sollen wir unsere Kinder ohne Prügel erziehen? Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin. Preis 30 Pf.

Ein gutes Schriftchen, das wir allen Arbeitereltern warm empfehlen möchten.

Eduard Bernstein, Der politische Massenstreik und die politische Lage der Sozialdemokratie in Deutschland. Der Vortrag, den Genosse Ed. Bernstein über dieses Thema in einer Versammlung des Breslauer sozialdemokratischen Vereins hielt und der zur Beschlagnahme des gedruckten Berichtes durch die Breslauer Staatsanwaltschaft führte, ist nunmehr im Druck erschienen und zum Preise von 20 Pf. in allen Parteibuchhandlungen zu haben.

Paul Hirsch und Hugo Lindemann, Das kommunale Wahlrecht. Heft 1 der „Sozialdemokratische Gemeindepolitik“. Kommunalpolitische Abhandlungen. Herausgegeben unter Leitung von Paul Hirsch. Berlin 1905, Buchhandlung „Vorwärts“. Preis 30 Pf.

Hugo Lindemann, Kommunale Arbeiterpolitik. Heft 2 der „Sozialdemokratische Gemeindepolitik“ usw. Berlin 1905, Buchhandlung „Vorwärts“. Preis 40 Pf.

Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Dritter Jahrgang 1905. Herausgegeben von dem Sekretär des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Heinrich Kaufmann. Hamburg 1905, Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann & Co. Preis 6 Mk.

Der „Allgemeine Tischler-Kalender 1906“ für Bau- und Möbelschüler sowie für Möbelschüler, der zum XXI. Male erscheint, bringt einen umfassenden, allen Bedürfnissen der Praxis entsprechenden Inhalt und ist dadurch ein unentbehrliches, überaus nützliches Taschenbuch und Ratgeber für den Fachmann.

Verhältnisse

Infolge Raummangels mußten mehrere Eingekandts und Korrespondenzen zurückbleiben.

\* Die Versammlungsberichte aus Oibernhau, Maschau und Sagan bleiben weg, da über die Versammlungen an diesen Orten ohnedies noch in einem zusammenhängenden Agitationsbericht berichtet wird.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(S. 8 in Hamburg).

Überschüsse sandten ein in der Zeit vom 20. Oktober bis 9. November: Berlin F, Offenbach, Niddorf je 800 Mk., Chemnitz 750, Altona, Berlin H, Rabenau, Hannover, Stuttgart, Fürtth, Berlin E je 500, Frankfurt a. M., Siegburg, Berlin B, Weissensee, Karlsruhe, Dresden-L, Wangen, Augsburg, Breslau, Mannheim, Mühlheim a. Rh. je 400, Bayreuth 350, Hörde 325,90, Ralf, Lahr, Griesheim, Comenitz, Burg, Aschaffenburg, Johanngeorgenstadt, Neu-Szenburg, Adlershof, Altrip, Heidelberg, Mainz, Würzburg I, Cassel, Nowawes, Halle je 300, Nippes, Niesla, Mühlberg, Wiesbaden je 250, Deutz, Rostheim, Zellbach, Gutrich, Reichenbach, Jagersheim, Alzenau, Gröbtingen, Bremen, Frankenthal, Heiligenzell, Rath-Heumar, Ludwigshafen, Flensburg, Wörth, Bielefeld, Bergeborf, Wilsen, Magdeburg, Coblenz, Regensburg, Darmstadt, Friedenan, Oppau, Zeitz, Güstrow, Dranienburg, Giebichenstein, Gaimhausen, Friedrichsfelde, Sollerhausen, Schweinau, Feschenheim, Wadnang je 200, Boll, Plauen b. Dr., Wollmarshausen, Wilsdruff je 180, Plauen i. V. 175, Münden 160, Kirchdillmold, Schwelm, Duisburg, Schwenningen, Reideburg, W.-Glabbach, Zirnrod, Heilwonn, Buedorf, Gevelsberg, Oberbettingen, Heichelheim, Bonames, Starnberg, Dredrus, Lettin, Neuschönefeld, Rükschena, Dessau, Hochstadt, Esthal, Görtth, Homburg, Würzen, Niederberg, Rudolstadt, Wismar, Leipzig I, Sangerhausen je 150, Billingen 140, Bickelbach, Gotha je 120, Naumburg, Gemef, Altenburg, Saan, Göttingen, Blankenburg a. Harz, Spandau, Böhneck, Kastatt, Grentoben, Mühlheim a. M., Knigsberg, Wühl, Gärth, Breitenheim, Heimesingen, R.-Zchocher, Mühlheim an der Donau, Aachen, Wiffier, Burgsteinfurt, Bamberg, Schmölln, Rasberg, Leipzig III, Leusch, Emdenich, Hermülheim, Nieder-Würschneiß, Gr.-Zimmern, Fackenburg, Göttingen, Breitenbach, Neuhausen, Gonsenheim, Gaisburg, Feuerbach, Wahlershausen, Gisleben, Erlangen, Meerane, Trotha, Cöhlmannsdorf, Hausen, Bredow, Beiertheim, Rottweil, Bremerhaven, Wüdingen, Vorch je 100, Bries 92,30, Zeulenroda, Wandsbeck je 90, Kunnersdorf 85, Düttelsdorf, Strehlen, Waldau, Gumbelshelm, Freiburg i. Schl., Nohheim, Geisenheim je 80, Weßhofen, Arzheim, Weimar, Krosdorf, Nordhausen je 75, Heckerhausen 74, Neutlingen, Winterdorf, Cabel, Gumbinnen je 70, Neustadt a. S. 68,50, R.-Krotenburg 65, Launsbach, Narbach, Waldheim, Botzappel je 60, Kirchheimbolanden, Passau, Aschersleben, Coltbus, Gaischen, Zimehna, Mühlhausen, Böckingen, Theissen, Untergüne, Elmshorn je 50, Apolda 40, Oberkirch 30. Summa 37 750,70 Mk.

Zusuch erhielten: Bruchal, Charlottenburg, Reudnitz je 200, Baumfchulenweg, Buzlau, Detmold je 150, Rosenheim, Kiegnitz, Flörshelm, Mombach, Memmingen, Rohracker, Stettin je 100, Teuchern 75, Wessheim, Rempten je 60, Wammsdorf 50. Summa 1995 Mk.

Krankengeld an Einzelmitglieder wurde gezahlt: 1537,50 Mk. U. Suck, Hauptkassierer.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen.

(S. 86, Hamburg).

Vom 8. Oktober bis 5. November sandten überschüsse ein: Furtwangen 300 Mk., Siegburg 200, Berlin C 200, Bargtheide 150, Reinfeld 140, Cöln 100, Harburg 100, Würfel 100, Braunshweig 100, Hamburg III 100, Troisdorf 100, Freiburg 80, Steinkirchen 50, Neu-Szenburg 22,62. Summa 1742,62 Mk.

Zusuch erhielt Stettin 200 Mk. An Abrechnungen des dritten Quartals fehlen heute noch 8. Jul. Wasmann, Hauptkassierer, Hamburg 19, Osterstraße 94.

Arbeitslosigkeit im Monat Oktober 1905.

Table with columns for Gau, Arbeitslose Mitglieder am Orte, Unterstützung haben erhalten, and various sub-columns for dates and counts. Includes a summary for October 1905 and monthly trends from October 1904 to October 1905.

### Versammlungs-Anzeiger.

**Braunschweig.** Sektion der Stellmacher. Sonntag den 26. November, nachmittags 3/4 Uhr im Gewerkschaftshaus, Werber 32. Vollständiges Erschienen ist notwendig.

**Eisenberg.** Sonnabend den 25. November.

**Gürlitz.** Sonnabend den 25. Nov., abends 8/4 Uhr, Mitgliederversammlung im „Löwen“, Nikolagraben.

### Anzeigen.

**Wiesbaden a. Rhein.** Unser Arbeitsnachweis befindet sich bei Kollege Traber, Kaiserstraße 46, wofür auch die Reiseunterstützung ausgezahlt wird. Umfragen streng verboten. Verkehrslokal „Kaiser Adolf“, Wiesbadenerstraße 39.

**Sollingen.** Die Herberge und Verkehrslokal befinden sich im Gewerkschaftshaus, Cölnstraße. Alles Nähere durch das daselbst anhängende Plakat. Das Umfragen bitten wir zu unterlassen.

**Wiesbaden.** Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Bischof, Bernauerstraße 28, 8. u. 1. r. Umfragen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird bei Singer, Gemeindeabgaben 6, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Der Stellmacher **Johann Sagenschulte**, Buchn. 82078, aus Bippborg wird ersucht, seine Adresse sofort an Unterzeichneten einzusenden. Es handelt sich um seine Klage gegen den Stellmachermeister Winter hier. Die Kollegen werden ersucht, denselben hierauf aufmerksam zu machen.

**Die Lokalverwaltung Güterstoh i. Westf.** Paul Schimke, Friedenstraße 777.

Tischler **Reinh. Mübius**, sende Deine Adresse an Christian Germann, Neuwied, Schloßstraße 27.

**Tüchtige Tischler** auf Buffets finden lohnende eventuell dauernde Stellung bei **Richard Saalfeld, Helmstedt.**

**Tüchtige Bantischler** für dauernde Beschäftigung stellt ein **Oertel & Co., Weißwasser O.-L.**

Zweitücht. Tischlergesellen finden dauernde Arbeit bei **A. Hoppe, Hohenbrun i. Th.**

Suche sofort 5-6 tüchtige Tischlergesellen auf furnierte Möbel bei dauernder Beschäftigung. **W. Ordas, Möbelfabrik, Dannenberg (Elbe), Provinz Hannover.**

Ein gewandter **Polierer** sowie ein **Stuhlmacher** finden sofort dauernde gutbezahlte Arbeit. **Chr. Imle, Stuhlfabrik, Karlsruhe, Sophienstraße 9.**

**Polierer gesucht.** **Karl Rademacher, Stuhl- und Tischfabrik, Cassel-W.**

Mehrere tüchtige **Drechsler** sofort gesucht bei hohem Lohn **Pattburger Drechslerwarenfabrik G. m. b. H., Pattburg b. Hunsburg.**

**Tüchtige Stockdrechsler** für bessere Arbeiten finden sofort geg. hohen Lohn dauernde Beschäftigung. **A. Schlesinger, Stockfabrik mit Kraftbetrieb, Schwäge.**

Zum baldigsten Eintritt **Raspier, Feiler und Schleifer** gesucht. **Frankfurter Stockfabrik Karl Pessel & Co., Frankfurt a. M.**

Gesucht per sofort zwei perfekte **Einleger** auf Spazierstühle. 8 1/2 stündige Arbeitszeit. Anfangslohn 28 Mk. pro Woche. **Robert Hirsch & Co., Hamburg 19, Stillenstraße 60.**

Einige tüchtige **Kammacher** auf unsern Haarfeinm. sowie tüchtigen **Stuhlmacher** (Schweizer Maschinen) und einen **Schleifer** sucht sofort für dauernde Beschäftigung. **Gustav Rieger, Kammfabrik, Ober-Ramstadt.**

**Jüngere Korbmacher** auf Gestellarbeit, auch Bambus und Kongo-Gehä. sofort gesucht. **Korbmöbel- und Korbwarenfabrik Berg & Schulz, Hunsburg.**

**Korbmacher** finden auf längere Zeit Beschäftigung. **Calm & Ahlfeld, Wernburg.**

Zwei **Korbmacher** finden dauernde Beschäftigung auf Mattarbeit in runde und eckige Körbe. Kost und Logis im Hause. **Rudolf Schöpke, Korbmachermeister, Mitzsch, Kreis Grünberg, Schlefien.**

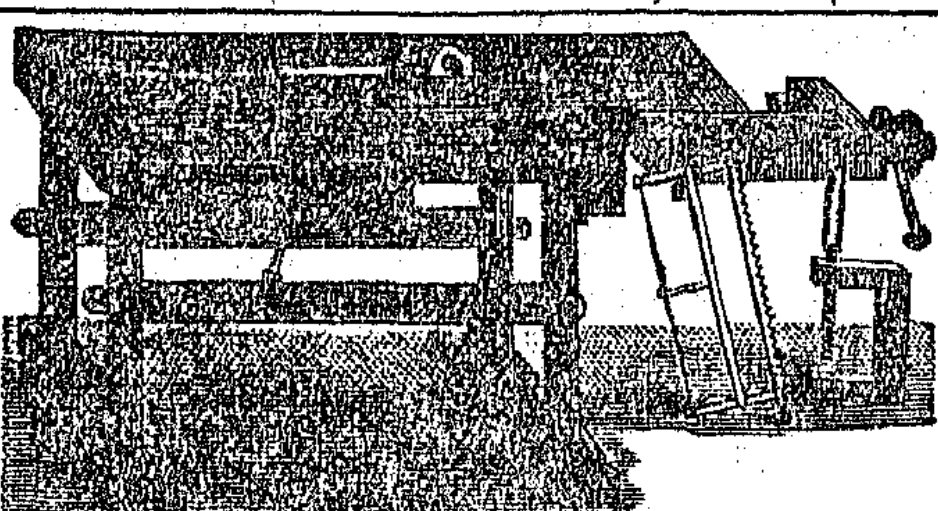
Ein tüchtiger **Korbmacher** auf Reise- und Sebekörbe gesucht. Dauernde Beschäftigung. **H. Seibold, Korbmachermeister, Nordhausen a. Harz.**

Suche auf sofort zwei bis drei tüchtige **Korbmacher** auf Packkörbe. **Hermann Gäbler, Korbmacher, Sagen (Westfalen), Frankfurterstraße 19.**

Drei tüchtige **Becher** gegen hohen Akkordlohn sofort gesucht. **Rheydtter Körstenfabrik Wilh. Joeres Rheydt, Friedrich-Wilhelmstraße 100.**

Ein **Korbarbeiter** für Handschnitt und Hobelmaschine für dauernde Beschäftigung auf sofort gesucht. **H. Brünger, Bielefeld, Blumenstr. 24.**

**Tüchtiger selbständiger Gestellarbeiter** findet sofort dauernde Beschäftigung. **Jac. Kahlke, Glückstadt.**



**Tischlerwerkzeuge, Hobelbänke.** **Titus Axen, Altona.**

Preislisten gratis und franko. **Wibbetschl. mit Motorbetrieb in Thüring.** w. Kr. sof. zu verk. Off. unt. N. O. 54 an die Exped. d. Bl. erbeten.

### Sichere Existenz.

In einem Kirchdorf der Provinz Hannover findet ein fixer Stellmacher günstige Gelegenheit, sich selbständig zu machen. Drei Schmiebe sind vorhanden und Haus steht zur Verfügung. Nähere Auskunft erteilt **D. Behrens, Heiligenloh b. Zwiftringen.**

### Alle Sorten Jagd- u. Luxuswaffen

Kauft man am besten, billigsten, unter dreijähriger Garantie, direkt von der **WAFFEN-FABRIK Emil von Nordheim MEHLIS-TH.** Hauptkatalog gratis und franko. Ansichtsendung. Teilzahlung an sichere Personen ist gestattet.

### Eingelegte Furniere

für Nähtisch, Schatullen, Füllungen usw. Zeichnungen sende zur Ansicht. **E. Biller, Heidelberg, Theaterstraße 7.**

### Leinwanderei

**Reibschneiderei, Holzbrandmalerei** lief. am billigsten sämtl. Werkz., Borl., Holz usw. **J. Brendel, Waggdorf 95 (Pfalz).** Reichhalt. Katalog, o. über 2000 Abbildungen gegen 40 Pf. in Briefmarken franko. Leinwanderei pr. qm v. 1 Mk. an.

### Deutscher Arbeiter-Stenographen-Bund

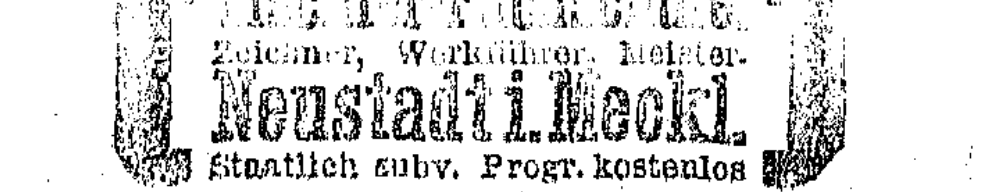
gibt jungen intelligenten Arbeitern Gelegenheit, kostenfrei unsere ideale Kurzschrift zu erlernen. Interessenten richten unter Beifügung üblichen Portos ihre Adresse an **August Grimm, Frankfurt a. M., Alt. Markt 36.** Bitte ausschneiden, aufheben oder weitergeben.

### Lehrbücher f. Solzarbeiter

Katalog gratis und franko. **Joh. Sassenbach, Berlin 16.**

### Tischler-Fachschule Detmold

Werkführer- und Technikerkurse. Gesellige Meister-Prüfung. Programme frei durch die Direktion.



### Tischler-Fachschule Gotha

Gründliche Ausbildung in kürzester Zeit zum Meister, Werkführer, Zeichner. Prospekt frei.

### Die besten

Sollinger Stahl-, Gold-, Silber- und Lederwaren, Haushalt- und Küchengeräte, Musikinstrumente und Waffen usw. liefern wir. Verlangen Sie unverzüglich unseren neuesten Hauptkatalog und bestellen Sie eine Probefendung. Wir liefern:



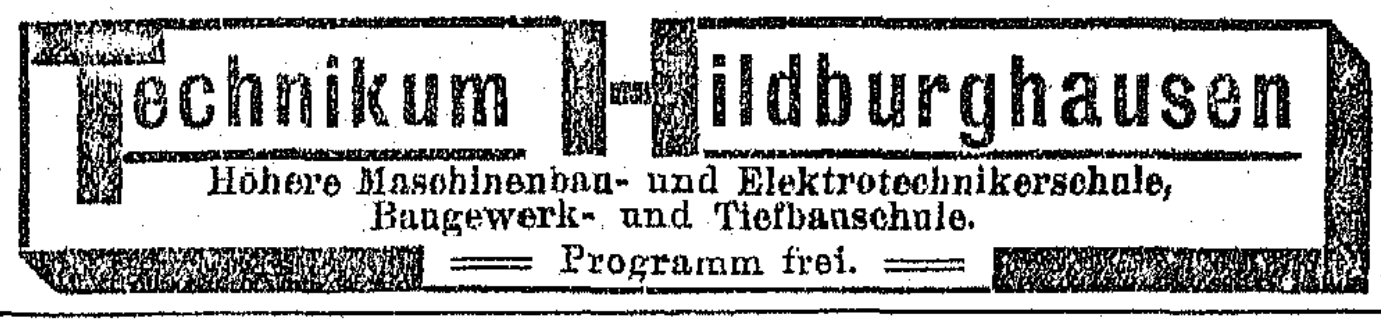
**Rastermesser Nr. 10** 1a Stahl, fein hochgeschliffen, mit Stuis, zu Mk. 2.— franko. **Rastermesser Nr. 15**, enthaltend: Rastermesser Nr. 10, Mittelbecken, Pinsel, Pflaste, Seife und Streichriemen, Mk. 4.— franko.

**Haarschneidemaschine „Familienhaar“** mit zwei Aufschiebefächern, Mk. 3.50 franko. **Otto Gelgis & Co., Gritzen b. Sollingen 165.**

Größtes Versandhaus am Plage. Wiederverkäufer hohen Rabatt.

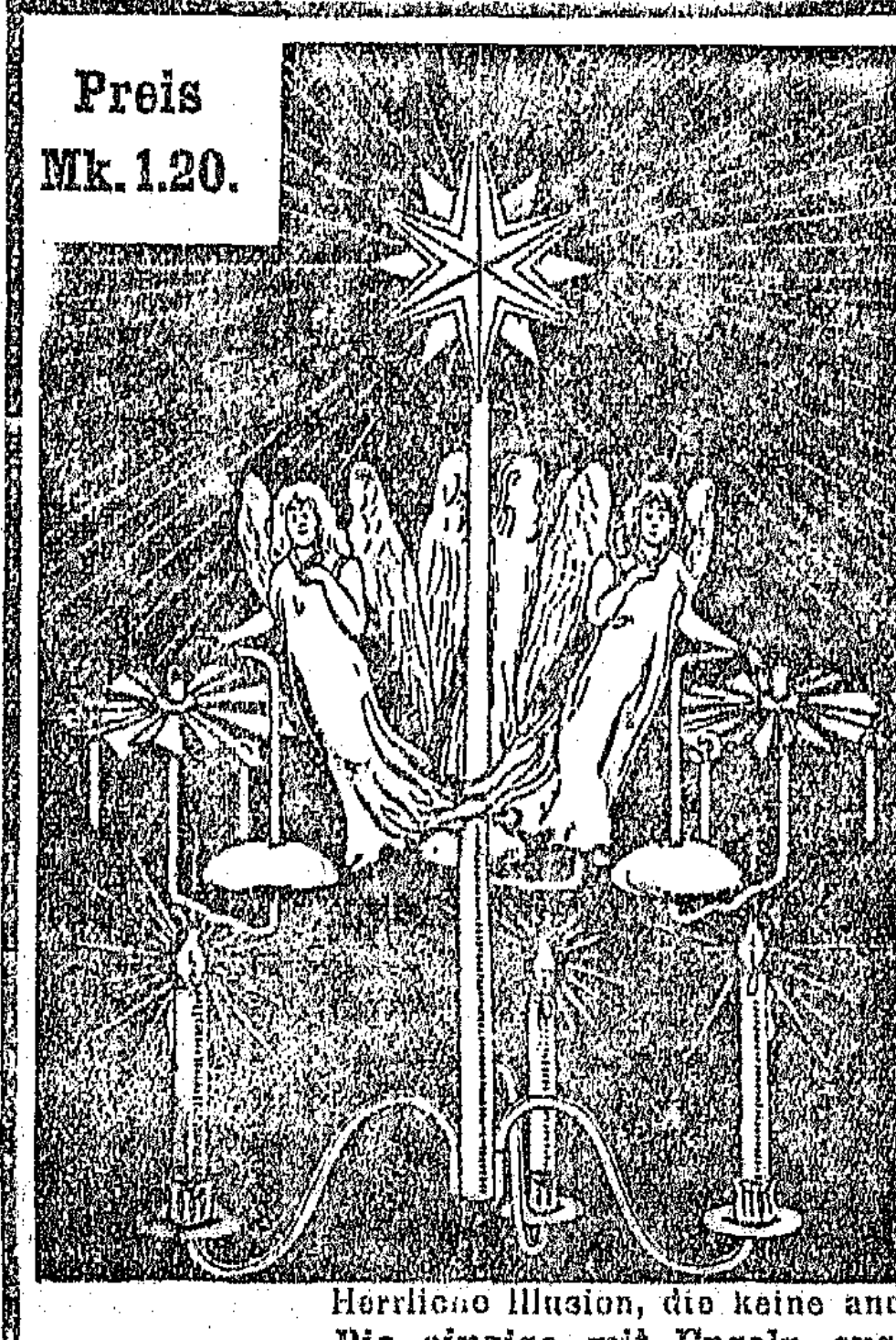
# Mehrere Waggon Ristenbretter

gehobelte und fertig geschchnittene **10 bis 14 Millimeter stark, schwedische Ware, franko Waggon Hamburg, zu kaufen gesucht.** Angebote erbeten unter Nr. 1732 W. W. an **Rudolf Mosse, Köln a. Rh.**



**C. Bratsch** nur in **Reinickendorf (bei Berlin)** Lack- und Politurfabrik

liefert schon 40 Jahre die **vorzüglichsten Spezialitäten** wie schwarzen und nussbraunen **Mattlack, wasserechte Mattierung, verbesserte Schellackpolitur, u. die billigsten, tadellosen Politurlacke.**



### Unerreicht an Pracht und Schönheit!

Senden Sie uns Mk. 1.20 und 20 Pfg. für Porto per Postanweisung oder Briefmarken (Nachnahme 20 Pfg. teurer) und wir senden Ihnen diese herrliche

### Engel-Christbaumspitze

mit dem **Stern von Bethlehem** 3 Kerzenhaltern und **drei goldenen schwebenden Engeln** die ein harmonisch abgestimmtes **dreifaches Glockengeläute** tragen, franko ins Haus. Ganz aus Metall, unzerbrechlich, ewig brauchbar!

**Jedes Stück unter Garantie.** Nach Anzünden der drei Kerzen drehen sich die Rädchen und es ertönt ein wunderliches Geläute und Christkindleins Engel umschweben den Baum zum Entzücken unserer lieben Kleinen.

Horribles Illusion, die keine andere Spitze hervorzuheben kann. **Die einzige mit Engeln ausgestattete Christbaumspitze.**

Die Spitze kann auch auf den Tisch gestellt werden. Auf den warmen Ofen gestellt, funktioniert die Spitze tadellos ohne Kerzen.

Engel-Geläute, zu unserer Engel-Christbaumspitze passend und mit 3 harmonisch abgestimmten, übereinander angebrachten Glocken, von einem Engel getragen, beliebig in die Zweige des Baumes zu hängen, liefern wir zu dem konkurrenzlos billigen **Preis von 60 Pfennig pro Stück, unter Garantie tadellos funktionierend.**

Eine unserer **Christbaumspitzen** zusammen mit 3 Engelgeläuten im Weihnachtsbaum erhöhen durch ihre gemeinschaftlichen Klänge die Feier in ungeahnter Weise. Voriges Jahr konnten Tausende nicht geliefert werden. Warten Sie deshalb nicht bis kurz vor Weihnachten, denn dann ist alles vergriffen. **Bestellen Sie sofort!**

**10 Stück senden wir franko für Mk. 12.** Kaufen Sie keine Weihnachtsgeschenke, bevor Sie unseren Weihnachtskatalog gesehen haben, der jeder Spitze gratis beigelegt wird.

**Rudolf & Lecke, Sollingen 166** - Metallwarenfabrik und Versandhaus I. Ranges. **Die billigere, leicht ausgeführte, nicht haltbare Spitze zu Mk. 1.— führen wir nicht.**

# Paul Horn, Hamburg

**Pappel-Allee 26-36 \* Eilbeck \* Pappel-Allee 26-36** **Fabrik chemischer Produkte.**

- Paul Horn's** Mattparapete (als: Mattina, Salon-Matt, Mattlache) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
- Paul Horn's** Monopel-Polituren (Schellack-Polituren ohne Ölwanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
- Paul Horn's** wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch almahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachtvoll farbentöne, sofort trocken.
- Paul Horn's** Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
- Paul Horn's** Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
- Paul Horn's** Schellack-Politur-Extrakte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte, dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
- Paul Horn's** Patent-Politur zum Reinpollieren, erzeugt durch einen einzigen Ballen glas-harten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Ölwolken und verhindert unter Garantie das Olauschlagen.
- Paul Horn's** Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Ware zum Versand gebracht.
- Paul Horn's** Filzsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.
- Paul Horn's** diverse Sorten Leim sind preiswert und von ff. Qualität.
- Paul Horn** liefert la. rektifizierten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
- Paul Horn** ist „preisgekrönt“ Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1899.
- Paul Horn** erhielt das 1. Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1899.
- Paul Horn** besitzt das 2. Ehrendiplom der Drechsler-Fachausstellung Leipzig 1890.
- Paul Horn** sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen u. Gewerben aus über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
- Paul Horn** versendet Preisbücher gratis und franko.

**1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.**

Verlag von Karl Klop in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.

**Anhaltische Bauschule Zerbst**

Reifezeugnisse v. d. Preussisch. u. Anh. Regierung, sowie v. Verb. Deutsch. Bau-gewerkemeister an-erkannt.

**Gleichberechtigung m. d. Kgl. Preuss. Baugewerk-Schulen.**

Hochbau-, Steinmetz- und Tiefbautechniker.

II. Erl. v. 22. Febr. 1904. Lehrpl. kostenfrei.